

Aktivitäten für die Sozialreform

Der sozialpolitische Beitrag der Berliner katholischen Presse im ausgehenden 19. Jahrhundert

von Jürgen Michael Schulz

Einführung

Im Kulturkampf, dem Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen katholischer Kirche und Teilen von Staat und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, hatte sich die katholische Presse als eigenständige gesellschaftliche Kraft profiliert. Der Erfolg, für dessen Ausmaß die Anzahl der Neugründungen und die Höhe der Auflagen nur ein, wenn auch wichtiger Anhaltspunkt sein kann, hatte den zahlreichen Tages- und Wochenzeitungen ein hohes Maß an materieller und institutioneller Unabhängigkeit gebracht. Die katholische Presse, die in Berlin für das weiträumige Diasporagebiet erschienen war, konnte in den Jahren des Kulturstreits sogar eine führende Position im Spektrum des politischen Katholizismus erringen. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit standen kämpferische Redakteure wie Paul Majunke, der schon wegen seiner strikten Apologetik und entsprechend unversöhnlichen Haltung gegenüber den Kritikern des Vatikanums in Erscheinung getreten war,¹ und Friedrich Nienkemper, der von der Berliner Polizei als „verbissener Demokrat“ angesehen wurde und seinem „entschieden oppositionellen“ Standpunkt mehrere Verurteilungen wegen sogenannter Presdelikte zu verdanken hatte.² Sie verschafften ihrer Zeitung, der seit dem 1. Januar 1871 regelmäßig in Berlin erscheinenden *Germania*, jenen Ruf eines Zentralorgans des katholischen Zentrums, von dem die Zeitung noch bis weit in das 20. Jahrhundert hinein profitieren konnte.³

Als der Kulturstreit wenigstens auf offizieller Ebene beigelegt worden war, erschwerte die einseitige Fixierung auf die Konfliktsituation der katholischen Presse den Übergang zu einer „normalen“ Pressearbeit. Majunke, der auf Druck der Zentrumsfraktion im Reichstag schon 1878 auf seinen Redakteursposten verzichten mußte,⁴ sah im Jahr 1890 wegen des bedrohlichen Abonnentenverlustes bereits den baldigen Rückgang der Zentrumspresse voraus.⁵ Selbstkritische Analysen fanden sich auch in der *Germania*. Im August 1889 beschäftigte sie sich mit der Frage, ob „unsere Partei und unsere Presse nun zu Grunde oder wenigstens zurückgehen [muß], wenn der Kulturkampf vollständig beendet sein wird“.⁶

Im Gegensatz zu diesen pessimistischen Prognosen belegen die Aktivitäten katholischer Verleger und Redakteure in den letzten 10 Jahren des 19. Jahrhunderts, daß in der Nachkulturkampfpära das Terrain für eine katholische Presse

Dr. Jürgen Michael Schulz M. A. ist wiss. Mitarbeiter am Institut für Kommunikationsgeschichte und angewandte Kulturwissenschaften an der Freien Universität Berlin.

in der überwiegend protestantischen Reichshauptstadt keineswegs verloren gegangen war. So gelang es nicht nur, die drei bereits auf dem Markt befindlichen Periodika, nämlich die *Germania*⁷, das von demselben Verlag seit 1877 herausgegebene politische Wochenblatt *Das Schwarze Blatt*⁸ und das stärker kirchlich orientierte, aber dennoch keineswegs unpolitische *Märkische Kirchenblatt* (1858-1919) in die Wilhelminische Epoche hinüberzuretten. Es konnten bis zum Ende des Jahrhunderts sogar die Gründungen von zwei weiteren Tageszeitungen, der *Märkischen Volkszeitung* (1889-1939) und der *Katholischen Volkszeitung* (1891-1918), sowie der Ausbau einer gewerkschaftlichen Vereinszeitschrift zu einer auflagenstarken Wochenschrift mit dem Titel *Der Arbeiter* (1897-1933)⁹ vorgenommen werden.

Die Namen der neugegründeten Periodika waren typisch für die Programmatik eines Teils der seit der Mitte der 1880er Jahre entstandenen katholischen Zeitungen.¹⁰ Sie legten den Akzent auf die Hauptaussage, die in den Verlags- und Redaktionsanzeigen und zahlreichen programmatischen Artikeln immer wieder herausgestellt wurde: die Hinwendung zum Volk und das Bekenntnis, die Interessen der Handwerker und Arbeiter vertreten zu wollen,¹¹ zugleich aber die erklärte Absicht, eine Alternative zu den Ideen der sozialdemokratischen Bewegung zu bieten.¹²

Die angekündigte Auseinandersetzung mit den sozialen Folgen der Industrialisierung gehörte an sich schon seit Jahrzehnten zu den Merkmalen des politischen und gesellschaftlichen Katholizismus und entsprach darüber hinaus seit langem, wenngleich in unterschiedlicher Ausprägung, dem christlichen Selbstverständnis der katholischen Publizistik. So hatte die Verknüpfung der sozialen Frage mit der religiösen und institutionellen Erneuerungsbewegung der katholischen Kirche bereits im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts zunächst bei den Traditionalisten in Frankreich und später auch in Deutschland und im übrigen Europa zur Formierung einer katholisch-sozialen Bewegung geführt.¹³ Verbreitet war neben den Betrachtungen des Mainzer Bischofs von Ketteler vor allem die Gesellschaftsanalyse der *Historisch-Politischen Blätter*. Das lange Zeit von Joseph Edmund Jörg herausgegebene und geprägte Blatt interpretierte die Ausbreitung von Armut und Not – es geschah teilweise auch in Anlehnung an die Bewertungen von Lassalle und Schultze-Delitzsch – als typische Merkmale des Wirtschafts- und Sozialsystems des Liberalismus, führte aber die entstandenen Probleme in erster Linie auf die Zerstörung der Einheit von Königtum, Kirche und ständischer Gesellschaft zurück.¹⁴

1. Die sozialdemokratische Herausforderung

Die Bereitschaft der katholischen Presse Berlins, sich zu Beginn der neunziger Jahre dem Themenkomplex der sozialen Frage mit größerer Intensität zu nähern, lässt sich jedoch nicht nur mit verlagsökonomischen Zwängen der Entspannungsphase in der Zeit nach dem Kulturkampf und der Kontinuität einer herangewachsenen katholisch-sozialen Bewegung erklären. Wichtiger war der Druck, der vor allem von den grundlegenden Veränderungen ausging, die den politisch-gesellschaftlichen Katholizismus im allgemeinen und die Lage

der katholischen Kirche in der Berliner Delegatur im besonderen seit dem Ausgang der 1880er Jahre berührten.

So hatte der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft, der sich in Deutschland in jener Zeit vollzog,¹⁵ die unter den Diasporabedingungen ohnehin erschwerte Pastoration im Bereich der Metropole nachhaltig beeinträchtigt.¹⁶ Obwohl der Anteil der Katholiken an der überwiegend protestantischen Stadtbevölkerung selten über 10 % anstieg, vergrößerte sich allein im Stadtkreis der absolute katholische Bevölkerungsanteil von ca. 80.000 im Jahr 1880 auf annähernd 135.000 Katholiken zu Beginn der 1890er Jahre und entsprach damit der Population einer mittleren katholischen Großstadt.¹⁷ Der besonders große Anteil, den Arbeiter und Diensthofen an der katholischen Bevölkerung in Berlin besaßen, erforderte von den 34 zur Verfügung stehenden Seelsorgern – sogar nur die Hälfte arbeitete hauptamtlich – Einfühlungsvermögen und Fachkompetenz.¹⁸ Hinzu kamen als weitere Probleme der unter den Arbeitern besonders häufig auftretende berufliche Stellenwechsel und die damit verbundene Mobilität, so daß eine Bindung der eingewanderten Katholiken an ihre zuständige Kirchengemeinde ein großes Maß an Eigeninitiative voraussetzte und von seiten des Pfarrklerus nur mit großem Zeitaufwand unterstützt werden konnte.¹⁹

In dieser Situation gewann der Einfluß der Sozialdemokratie auf die unteren Bevölkerungsschichten des Reiches und besonders der Hauptstadt an Bedeutung für die katholische Kirche, dessen Ausmaß sich zuletzt an den Stimmengewinnen bei den Reichstagswahlen vom 20. Februar 1890 erkennen ließ. Mit 1,4 Millionen Wählern konnte die Sozialdemokratie erstmals das Zentrum überrunden und selbst zur Partei mit der stärksten Wählerbasis werden, auch wenn das Ergebnis wegen des Mehrheitswahlrechts und der veralteten Wahlkreiseinteilung im Reichstag noch nicht zum tragen kam.²⁰ Es kann festgehalten werden, daß es in den Jahren nach dem Kulturkampf Gründe gab, die katholische Presse umzugestalten. In der nachfolgenden Betrachtung soll nach den Bedingungen, Interessenlagen und Konzepten gefragt werden, die es der katholischen Presse in Berlin ermöglichten, in der Wilhelminischen Ära weiterzubestehen, und es katholischen Unternehmern gestatteten, sogar neue Zeitungen und Zeitschriften zu gründen und zu verbreiten. Dazu sollen zunächst gesellschaftliche und politische Hintergründe skizziert werden, die den Handlungsspielraum der katholischen Zeitungen und Zeitschriften im Jahrzehnt nach der Beendigung der heißen Kulturkampfphase maßgeblich bestimmt hatten. Entsprechend werden anschließend vier Bezugsfelder dargestellt, aus denen entsprechend der Fragestellung Einsichten über Formen und Inhalte des Umgangs der katholischen Presse mit der sozialen Frage gewonnen werden können.

Nach dem Verständnis der katholischen Zeitungen und Zeitschriften bildeten die Sozialdemokraten und die von ihnen beherrschten Freien Gewerkschaften diejenige Kraft, die am meisten von dem ständig anwachsenden Zustrom von katholischen Arbeitern und Handwerkern in die Arbeiterbezirke im Osten Berlins profitieren und damit die Beziehung zwischen der katholischen Kirche in Berlin und den neu zugewanderten Glaubensgenossen am ehesten gefährden konnte.²¹ So wurde der Aufruf zur Unterstützung neuer Kirchbauten für die Gemeinden von St. Sebastian und St. Pius im Jahr 1889 von

der *Germania* mit der Begründung versehen, der Bau sei erforderlich, „wenn nicht Tausende am Glauben Schiffbruch leiden, der Sozialdemokratie in die Arme getrieben werden und moralisch verkommen sollen“,²² und das *Märkische Kirchenblatt* erinnerte daran, daß die Zuwanderer im Osten Berlins „den Fangnetzen der Sozialdemokratie ausgesetzt“ seien, welche versuche, in diesem Teil der Stadt Agenten „für sozialistische Umtriebe“ zu werben.²³ Für die Arbeiter, die nach Berlin nur in der Absicht gekommen seien „ein gutes Stück Geld“ zu verdienen und danach in die Heimat zurückzukehren, sei – so versuchte eine von *Germania* und *Märkischem Kirchenblatt* im Jahr 1893 abgedruckte Leserzuschrift das Problem zu konkretisieren – der Weg zur Kirche sehr weit, und hinzu komme noch der Mangel an Sitzplätzen „für arme Leute“; dagegen fänden die Arbeiter leicht Kontakt zu Kollegen, „welche zum großen Theil schon mit ihren Ideen zum Umsturz der gesellschaftlichen Ordnung durchtränkt sind“. ²⁴ Es gebe zwar auch katholische Vereine; die Arbeiter erführen von diesen aber meistens erst, wenn sie ihre Freundschaften in „protestantischen oder unchristlichen Kreisen“ gefunden hätten und am Sonntag anstatt der Kirche die Gewerkschaftsversammlungen aufsuchten.²⁵

Eine weitere Gelegenheit, um auf den Zusammenhang zwischen Seelsorge und Sozialdemokratie hinzuweisen, bot die mit Unterbrechungen während der ganzen neunziger Jahre geführte Diskussion über das Problem des permanenten Priestermangels. In einer Artikelserie, welche die *Märkische Volkszeitung* von einem Berliner Korrespondenten der *Kölnischen Volkszeitung* im Herbst 1896 übernahm, wurde die Anwerbung von Arbeitergeistlichen für die Berliner Delegatur ausdrücklich als Maßnahme gegen die Sozialdemokratie verstanden.²⁶ Diese sollten zur Entlastung des Berliner Pfarrklerus beitragen und helfen, den Besitzstand der Kirche gegen die Sozialdemokratie zu verteidigen, indem sie die Katholiken vor ihr schützten und diejenigen, die ihr bereits verfallen seien, zurückbrächten.²⁷ Seelsorge als „antisozialdemokratische Tätigkeit“ – deutlicher, als es die *Märkische Volkszeitung* in diesem Zusammenhang tat, konnte das Problem kaum charakterisiert werden.²⁸

Äußerungen, mit denen die katholische Presse in derartiger Überspitzung auf die Probleme in der Diaspora verwies, befanden sich in der Regel in Aufrufen, welche die Aufgabe hatten, der katholischen Kirche nahestehende Kreise zu aktiverer Mitarbeit oder wenigstens zu finanzieller Hilfe zu motivieren. Der Tatbestand, daß wegen dieses Ziels auf differenziertere Betrachtungsweisen in der Regel verzichtet wurde, bedeutete jedoch nicht, daß die katholische Presse die Möglichkeit einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit den sozialpolitischen Konzepten der sozialdemokratischen Bewegung grundsätzlich abgelehnt hätte. Den Umstand, daß mit einer weiteren Verlängerung des bis zum Herbst 1890 gültigen Sozialistengesetzes nicht mehr zu rechnen sei, bewerteten die katholischen Periodika durchaus als eine erwünschte Herausforderung zur geistigen Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie. Von dem Erfolg ihrer selbstgewählten Aufgabe schienen die katholischen Zeitungen – hier traten während der Diskussion über die Verlängerung des Sozialistengesetzes vor allem *Germania* und *Märkische Volkszeitung* hervor – nämlich zunächst überzeugt gewesen zu sein. So glaubten sie, daß die Sozialdemokratie von der Ausnahmegesetzgebung bisher nur profitiert habe, indem deren Parteiorganisation nur durch den äuße-

ren Druck zur Einigkeit gezwungen worden sei und der Zwang zur zurückhaltenden Propaganda den Sozialdemokraten einen besseren Zugang zur Industriebevölkerung verschafft habe, als es unter den Bedingungen einer ungehinderten Agitation zu erreichen gewesen wäre.²⁹ Die katholischen Zeitungen setzten ihre Hoffnung auf die vage Möglichkeit, daß unter den Anhängern der Sozialdemokratie mehrheitlich die Bereitschaft vorhanden wäre, für die Besserung der sozialen Lage der Arbeiter die gesetzlichen Mittel auszuschöpfen, während nur eine Minderheit weiterhin auf die Durchsetzung der sozialdemokratischen Ideologie und damit auf die Vorbereitung des gesellschaftlichen Umsturzes setzte.³⁰ Denn die meisten Sozialdemokraten seien „an sich gute und brave Staatsbürger und würden gern zufrieden sein, wenn es gelänge, ihre Lage soweit aufzubessern, daß sie ein menschenwürdiges Dasein fristen könnten“.³¹ Der *Märkischen Volkszeitung* erschienen deren Forderungen nach der Einführung des Normalarbeitstags, dem Verbot der Sonntags-, Kinder- und Frauenarbeit und der Schaffung von Arbeiterschutzgesetzen schließlich durchaus als berechtigt.³²

So ließ sich die *Märkische Volkszeitung* – allerdings in deutlichem Gegensatz zur wesentlich skeptischeren *Germania* – auch nicht von den sozialdemokratischen Stimmengewinnen bei den Reichstagswahlen vom Februar 1890 beirren.³³ Nachdem die *Germania* ihre Leser schon am Wahlabend auf eine längerfristige Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie vorbereitet hatte,³⁴ kommentierte die *Märkische Volkszeitung* wenige Tage später bereits die Ergebnisse des ersten Wahlgangs mit der Feststellung, daß sie 30 oder 40 sozialistische Reichstagsabgeordnete im neuen Reichstag nicht erschrecken würden, zumal sich die berechtigten Wünsche der Arbeiter eher erfüllen ließen, „wenn eine größere Anzahl Stühle des Reichstags von Sozialdemokraten eingenommen werden, als wenn sich Kartellbrüder darin breit machen“.³⁵ Und auch nach den anschließenden Stichwahlen blieb die Zeitung bei ihrer Gelassenheit, indem sie erneut darauf verwies, daß viele Arbeiter, Handwerker und Geschäftsleute sich, ohne selbst Sozialdemokrat zu sein, dem Sozialismus nur angeschlossen hätten, um auf diese Weise ihren Wunsch nach sozialen Reformen sowie ihren Widerwillen gegen die bisher regierenden Kartellparteien zu dokumentieren.³⁶

2. Die Herausbildung sozialpolitischer Richtungen in der katholischen Presse Berlins unter dem Eindruck des Bergarbeiterstreiks von 1889

Die unterschiedliche Beurteilung der sozialdemokratischen Bewegung in den Kommentaren zum Wahlergebnis erfolgte keineswegs zufällig, sondern korrespondierte mit denjenigen sozialpolitischen Positionen, die *Germania* und *Märkische Volkszeitung* bereits während des Streiks im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau vom Frühjahr 1889 eingenommen hatten. Die Bedeutung dieses Arbeitskampfes, an dem sich allein im Ruhrgebiet annähernd 90.000 von 104.000 Beschäftigten beteiligten,³⁷ bestand darin, daß er die Arbeits- und Lebensverhältnisse von Arbeitern, die sich in einem Wirtschaftszweig betätigten, dessen Aufstieg besonders eng mit dem Zeitalter der Hochindustrialisierung

verbunden war, schlagartig in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rückte.³⁸ Für die katholische Presse besaß dieser Konflikt darüber hinaus eine besondere Bedeutung, weil er wenigstens in der Anfangsphase nahezu optimale Voraussetzungen bot, um sich als Vertreter der Interessen der Arbeiter zu profilieren: Auf der einen Seite standen Arbeitgeber, die wegen ihres unternehmerischen Verhaltens in den Mittelpunkt öffentlicher Kritik geraten waren. Auf der anderen Seite befanden sich dagegen vorwiegend katholische Arbeiter, die wenigstens in der Anfangsphase der Auseinandersetzungen – gemeint ist die Zeit bis zu den Vermittlungsbemühungen Kaiser Wilhelms II. in der zweiten Maihälfte – weitgehend unabhängig von der Sozialdemokratie eine gerechte Sache zu verfechten schienen,³⁹ so daß die *Germania* mit einiger Berechtigung die Vermutung äußern konnte, die Arbeiter im Ruhrrevier seien „weder in der Masse“ Sozialdemokraten, noch wünschten sie eine sozialdemokratische Leitung.⁴⁰ Um ihre Sympathie für die streikenden Bergleute dennoch gegen Kritik abzusichern, berief sich die *Germania* immer wieder auf ähnliche Tendenzen bei Tageszeitungen, von denen ansonsten eine eher arbeitgeberfreundliche Grundeinstellung zu erwarten gewesen wäre.⁴¹ Die *Märkische Volkszeitung* betonte dagegen vor allem den Umstand, daß nahezu alle Arbeiter die Lohnforderungen beschlossen hätten, und dazu gehörten nach Ansicht der Zeitung nicht nur die sozialdemokratischen „Hetzer“, sondern auch „bewährte“ Arbeiter und Familienväter, „die nicht ohne zwingende Gründe ihren Verdienst opfern werden“.⁴²

Wenigstens in der Anfangsphase des Streiks waren sich beide katholischen Zeitungen noch darin einig, daß die beteiligten Bergarbeiter für ihre Aktionen akzeptable Gründe besessen hätten. So sprachen *Germania* und *Märkische Volkszeitung* den Arbeitern grundsätzlich das Recht zu, an der Besserung ihrer Lage zu arbeiten und an der ansteigenden Konjunktur teilzunehmen; wegen der angestiegenen Kohlenpreise seien daher auch die Lohnforderungen berechtigt gewesen, zumal die Arbeiter früher auch die Nachteile der sinkenden Konjunktur hätten tragen müssen.⁴³ In ähnlicher Weise akzeptierten beide Zeitungen die Forderung nach einer Garantie der in der Praxis bisher meist überschrittenen Achtstundenschicht.⁴⁴

Erst als die öffentliche Meinung, insbesondere nach dem gescheiterten Vermittlungsversuch Kaiser Wilhelms II., sich gegen diejenigen Bergleute wandte, die noch immer unablässig auf der Durchsetzung ihrer Forderungen beharrten, wurden auch in der Berichterstattung der Berliner katholischen Zeitungen Unterschiede sichtbar. Den Ausschlag gab die Frage, ob der Streik als Kontraktbruch rechtlich und moralisch überhaupt zu vertreten sei. Die *Märkische Volkszeitung* wollte ihre bisher eingenommene Position nicht aufgeben und bezeichnete die scharfe Betonung des Rechtsstandpunkts in der Streikdiskussion als ungerechtfertigt. Nach Ansicht der Zeitung hätten sich die Grubenbesitzer durch die „schamlose Ausnutzung der Arbeitskraft ohne hinreichende Entschädigung“ gleichfalls einer wenigstens moralischen Rechtsverletzung schuldig gemacht, die sogar „ungleich schwerer“ wiege als die Rechtsverletzung der Arbeiter.⁴⁵ Auf der anderen Seite habe es für die Arbeiter kein anderes Mittel gegeben, um zu einer Verbesserung ihrer sozialen Verhältnisse zu gelangen, als die Arbeit niederzulegen.⁴⁶ Und schließlich mußten doch zunächst wirkliche Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern getroffen worden sein, bevor

sie von den Arbeitern gebrochen werden könnten.⁴⁷ Hierüber – so die *Märki-sche Volkszeitung* – müßten die Zechenverwaltungen erst einmal bereit sein, mit den Arbeitern „wie mit Gleichberechtigten“ zu verhandeln.⁴⁸ Die Verantwortlichen bedächten aber nicht, „daß mit demselben Augenblick, wo sie den Standpunkt der Gleichberechtigung der Arbeiter aufgeben, sie sich auch des Rechtes begeben, von einem Kontraktbruch zu reden“.⁴⁹

Die *Germania* befürchtete dagegen, daß die Arbeitgeber die Kontraktbruchfrage als ein Mittel benutzen würden, mit dem sie von vornherein jede Verständigung mit den Arbeitern verhindern und die Arbeiter zur Unterwerfung zwingen könnten.⁵⁰ Die Zeitung hielt es daher für ratsam, die Arbeiter auf die Gefährdung ihrer Lage durch die Fortsetzung ihres Arbeitskampfes hinzuweisen, und empfahl, die Ziele wenigstens zunächst noch ohne Streik zu verfolgen und stattdessen auf die Macht der öffentlichen Meinung zu vertrauen, welche die Forderungen der Bergleute „von jetzt ab fort und fort“ gegenüber den Arbeitgebern vertreten werde.⁵¹ Diese Empfehlungen kamen der *Germania* später allerdings eher als Rechtfertigung zugute, als der in der Öffentlichkeit anwachsende Unmut über die weiterhin auf ihren Forderungen beharrenden Bergarbeiter sich zunehmend auch gegen die mit der Streikbewegung sympathisierende katholische Presse richtete.⁵² Für die *Germania* bestand die Schlußfolgerung aus der Entwicklung des Bergarbeiterstreiks jedoch in der Einsicht, daß derartige soziale Konflikte nicht allein zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, sondern nur auf dem Weg von Maßnahmen, die zum Konzept einer staatlichen Sozialreform gehörten, zu lösen seien. Daher unterstützte die Zeitung die Forderung nach der Errichtung staatlicher Vermittlungsinstanzen und erinnerte an die Möglichkeit, den Interessenausgleich durch den Ausbau von Einigungsämtern herbeizuführen.⁵³

3. Die Sozialpolitik als Faktor antisozialdemokratischer Politik

Die konkurrierenden Konzepte ‘staatliche Sozialpolitik’ oder ‘Gesinnungsreform bei den beteiligten Konfliktparteien’, die in der unterschiedlichen Bewertung des Bergarbeiterstreiks von 1889 in der katholischen Presse Berlins in der Tendenz bereits angeklungen waren, gewannen in den Diskussionen, die sowohl die spektakulären Sozialerlasse Kaiser Wilhelms II. vom Februar 1890 als auch die sogleich als erste Maßnahme in Berlin inszenierte internationale Arbeiterschutzkonferenz ausgelöst hatten, deutlich an Konturen.⁵⁴ Denn zum einen provozierten die sozialpolitischen Maßnahmen Wilhelms II., die das Bismarcksche System der vom Staat partiell geförderten Selbsthilfe der Arbeiter und Handwerker ablösen beziehungsweise ergänzen sollten, wegen ihrer demonstrativen Aufwertung des Prinzips der staatlichen Intervention, die den Weg für die Schaffung von Arbeiterschutzgesetzen bereiteten, den Widerspruch aus den Reihen der Verfechter christlich-caritativer Lösungsangebote. Darüber hinaus erschienen die eingeleiteten sozialpolitischen Aktivitäten der Regierung vor dem Hintergrund des auslaufenden Sozialistengesetzes und des Mitgliederzuwachses der Freien Gewerkschaften als einseitige Begrenzung des sozialpolitischen Gestaltungsspielraums auf Maßnahmen, die der raschen Eindämmung der sozialdemokratischen Bewegung dienen sollten.⁵⁵

So standen besonders in der ersten Phase nach der Veröffentlichung der Erlasse, in der die katholische Presse Berlins unisono ihre Zustimmung zum sozialpolitischen Kurswechsel der Regierung zum Ausdruck gebracht hatte, der antisozialdemokratische Aspekt der angekündigten Maßnahmen und die Akzentuierung der sozialpolitischen Leistungen des Zentrums im Mittelpunkt der Kommentierung.⁵⁶ Immerhin boten die Erlasse ein Argument, das sich zwei Wochen vor der Reichstagswahl vom 20. Februar bestens für den Wahlkampf eignete. Das Zentrum hatte die Wahlkampfaussagen nämlich diesmal sowohl gegen die seit 1887 in einem Kartell verbündeten bürgerlichen Mittelparteien als auch – in Hinblick auf das allgemein erwartete Ende des Sozialistengesetzes – gegen die Sozialdemokratie ausgerichtet.⁵⁷

Erst später, besonders aber, nachdem sich herausgestellt hatte, daß der sozialpolitische Kurswechsel das Ergebnis der Reichstagswahl nicht in der gewünschten Weise beeinflussen konnte, formulierten die *Märkische Volkszeitung* und das *Märkische Kirchenblatt* ihre Einwände gegenüber der eingeleiteten Politik. Die *Märkische Volkszeitung* betonte ähnlich wie in der Kommentierung des Bergarbeiterstreiks, daß die sozialen Defekte der Industriegesellschaft nicht durch den Staat, sondern nur dadurch gelöst werden könnten, daß ihre Verursacher – die Arbeitgeber – zu den Werten des Christentums zurückkehrten.⁵⁸ Diese Sichtweise schloß für die *Märkische Volkszeitung* aber ernsthafte sachliche Gespräche mit der Sozialdemokratie über die materiellen Belange der Arbeiter aus. Denn die Sozialdemokraten waren nach der Analyse der *Märkischen Volkszeitung* ja gerade diejenigen, die von den Folgen einer säkularisierten und den materiellen Werten verpflichteten Gesellschaft profitierten.⁵⁹ Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen Reformvorschlägen konnte nach dieser Vorgabe somit nur unter taktischen Gesichtspunkten mit dem Ziel erfolgen, die Sozialdemokratie als Gegner der christlichen Lösung der sozialen Frage zu entlarven. Auch das *Märkische Kirchenblatt*, das sich über die Sozialerlasse ohnehin nur zurückhaltend geäußert hatte, kam zu diesem Schluß, indem es den Kampf der Sozialdemokratie als Kampf „gegen das Christlich Sociale im Arbeiterschutz“ apostrophierte und die Arbeiter aufforderte, ihr Schicksal unabhängig von der Sozialdemokratie in die Hand zu nehmen.⁶⁰

Dieser Position gegenüber nutzte die *Germania* die Kundgebung Wilhelms II., um ihre Übereinstimmung mit der Sozialpolitik des Kaisers im Sinne ihres schon im vorangegangenen Jahr beim Bergarbeiterstreik entwickelten Interesses für eine staatliche Sozialpolitik zu betonen. Dafür sprach zum einen die Aussicht, daß Arbeiterschutzgesetze nicht mehr wie in der Bismarck-Ära am Veto der Regierung oder des Bundesrats scheitern würden. Damit war von Wilhelm II. auch ein günstiges Klima geschaffen, in dem sich das Zentrum längerfristig als die Partei der Sozialreform und damit zugleich als staatstragende Kraft gegenüber anderen Parteien ungehindert profilieren konnte.

Die antisozialdemokratische Zielsetzung des sozialpolitischen Engagements wurde somit sowohl zu einem wichtigen Bindeglied der ansonsten auseinanderstrebenden Konzeptionen in der katholischen Presse Berlins als auch

zu einem Vehikel, um den politischen Katholizismus aus der Lage auch in der Nachkulturkampfära anhaltender innenpolitischer Isolation zu befreien. Damit entsprachen die Zeitungen und Zeitschriften auch den Bemühungen, die von der katholischen Kirchenführung seit längerem unternommen worden waren. Besonders die enge Zusammenarbeit zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem Breslauer Fürstbischof und späteren Kardinal Georg Kopp wirkte sich während der folgenden Jahre förderlich auf die Behandlung der sozialen Frage in der katholischen Presse Berlins aus.⁶¹ Die Wünsche für die Behandlung der sozialen Frage, die Kopp bei mehreren Gelegenheiten dem Klerus und den Angehörigen seiner Diözese bekanntgab, berücksichtigten die vermeintliche Wechselbeziehung zwischen der Ausbreitung der Sozialdemokratie und den zunehmenden Pastoralproblemen im Berliner Delegaturbezirk und entsprachen in der antisozialdemokratischen Zielsetzung durchgängig den Intentionen Wilhelms II.⁶² Andererseits schwächten sie den vom Kaiser auf das Mittel der interventionistischen Sozialreformpolitik gelegten Schwerpunkt bewußt ab und betonten vielmehr das gleichberechtigte und gleichbedeutsame soziale Wirken von Staat und Kirche.⁶³

4. Ansätze zu einer Gesinnungsreform

Die Stellungnahmen des Fürstbischofs vergrößerten mit der Verlagerung des Akzents seiner sozialpolitischen Vorstellungen auf das Instrumentarium kirchlicher Hilfsmittel deutlich den argumentativen Spielraum der katholischen Presse Berlins zugunsten derjenigen sozialpolitischen Konzeptionen, die den Möglichkeiten einer Gesinnungsreform den Vorzug vor einer staatlichen Sozialpolitik gaben, jedoch ohne dabei die Vorteile zu vergeben, die sich aus der Orientierung der christlich-sozialen Bewegung auf die Perspektive eines sozialen Kaisertums ergeben konnten. So verkürzte das *Märkische Kirchenblatt* das Hirtenschreiben Georg Koppes vom 18. Januar 1891 beim Abdruck ausgerechnet um diejenigen Passagen, in denen der Fürstbischof staatsinterventionistische Maßnahmen zwar als notwendig und richtig, aber nicht als ausreichend bezeichnete, und begann die Wiedergabe des Textes erst mit einem Abschnitt, in welchem Georg Kopp die soziale Frage als religiöse Frage darstellte.⁶⁴ Diese weitreichende Akzentverlagerung unterstrich das *Märkische Kirchenblatt* in einer Artikelserie, die in der Zeit vom Mai bis zum Juni 1891 erschien.⁶⁵ Diese befaßte sich zwar vordergründig mit der Geschichte des Klosters Lehnin in der Mark Brandenburg, vor dem Hintergrund der Wirksamkeit der Orden im Mittelalter versuchte sie aber in erster Linie die Notwendigkeit der kirchlichen Mitarbeit bei der Gestaltung der Gesellschaft zu belegen. Der Autor der Artikelserie⁶⁶ sah die Leistung der Klöster im Mittelalter in deren von einem besonderen Arbeitsbegriff geprägten Kultivierungstätigkeit und hob hervor, daß der von ihnen initiierte Prozeß der Einrichtung eines Mittelstands durch die damit verbundene Vermittlung bestimmter Werte zur Grundlage einer christlichen Gesellschaftsordnung geworden sei. Zu den Werten rechnete der Autor die Selbstzucht, die Ordensregeln als Vorbild für den organisatorischen Aufbau des Handwerks und die republikanische Verwaltung der Ortschaften, die christliche Barmherzigkeit, die Organisation des Sparens und Geldborgens „im Dienste der Pflege des Christlich-Socialen“ und schließlich die christliche „Gegenseitigkeit“

nach dem Vorbild der Gemeinschaft der Heiligen.⁶⁷ Auf diese Weise sei eine Gesellschaft hervorgebracht worden, bei der das Kloster den Mittelpunkt für den Ausgleich zwischen Armut und Reichtum bildete, weil es beide Seiten „in Beziehung zum Himmel gebracht“ und auf das Jenseits hin orientiert habe.⁶⁸ Mit Hinweisen auf die Wirkungslosigkeit staatlicher Maßnahmen sowohl zur Bekämpfung der Sozialdemokratie als auch zur Verbreitung der Kultur in Afrika einerseits und den Erfolg der Trappisten in Südafrika andererseits versuchte der Autor den Gegenwartsbezug seiner Ausführungen zu unterstreichen; so betonte er, daß es nötig sei, „über die Rettungsmittel aus jetzigen socialen Verwirrungen Klarheit zu erstreben“, und verwies auf die Möglichkeit, am Beispiel der Geschichte des Klosters von Lehnin „an einem nahe und klar liegenden Falle zu zeigen, daß heute noch helfen kann, was in Lehnin aus der Mark geholfen hat.“⁶⁹ So vermisse er bei den „modernen Verwaltern irdischer Güter“ die moralischen Tugenden und die „verdienstlichen Werke“, die eine Voraussetzung seien, um der Sozialdemokratie eine christliche Gesellschaft entgegenzustellen.⁷⁰

Die Sichtweise des *Märkischen Kirchenblatts*, die an die Gesinnungsreformkonzepte der *Historisch-Politischen Blätter* aus der Mitte des 19. Jahrhunderts erinnerte,⁷¹ war durchaus kein Einzelfall, sondern wurde von einem Teil der katholischen Presse Berlins auch in den folgenden Jahren zu bestimmten Gelegenheiten als Bewertungsmuster für die Auseinandersetzung mit der sozialen Frage herangezogen. In diesem Sinne wurden die nach französischem Vorbild seit der Mitte des Jahrhunderts in Berlin gebildeten Vinzenzkonferenzen zu Einrichtungen stilisiert, deren Leistungsfähigkeit in besonderem Maß sowohl auf die aktuellen sozialpolitischen Belange als auch auf die Bedürfnisse der Großstadtseelsorge zugeschnitten seien.⁷² Immerhin bot die im Sinne Papst Leos XIII. verstärkt vorangetriebene Mobilisierung der Laien für die Belange der katholischen Kirche die Perspektive, durch den Rückgriff auf die Idee der Volkskirche die Leistungsfähigkeit der Kirche um ein bisher unausgeschöpftes Potential von Hilfswilligen zu vergrößern.⁷³ Das scheinbar grenzenlose Vertrauen in die Leistungsfähigkeit, das sich in der Aussage artikuliert, die soziale Frage ließe sich lösen, „wenn die ganze Welt ein großer Vinzenz-Verein wäre, in welchem die Einen leibliche und geistige Almosen richtig spenden, die Anderen sie würdig empfangen“, ⁷⁴ konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Appell der Kirchenführung an die Hilfsbereitschaft der Glaubensgenossen nicht immer die erhoffte Resonanz gefunden hatte.⁷⁵

Die Werte, die weiterhin im Mittelpunkt derartiger Ausführungen standen, nämlich das christliche Arbeitsethos der Arbeiter und die vom Glauben geleitete Fürsorgepflicht der Arbeitgeber, standen nach Meinung der katholischen Presse in einem Gegensatz zu den Werten der Sozialdemokratie und des wirtschaftlichen Liberalismus. So wurden christliche Werte wie Demut und Gottvertrauen, mit denen die Hülse eines christlichen Arbeitsbegriffs inhaltlich gefüllt werden sollte, zugleich als Antonyme dem Vokabular des politischen und weltanschaulichen Gegners gegenübergestellt.⁷⁶ In diesem Sinne wurden besonders in der Arbeitervereinszeitschrift *Der Arbeiter*, einer Zeitschrift, die wegen ihrer in den Arbeitervereinen organisierten Leserschaft immerhin am ehesten die Möglichkeit besaß, direkt auf die betroffene Bevölkerungsgruppe einzuwirken, die Marienverehrung und ein Arbeitsethos nach dem Vorbild des

heiligen Josef gezielt in den Dienst der Erziehung zu einer christlichen Arbeitsauffassung und zugleich der Verunglimpfung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gestellt.⁷⁷

Diese Tendenzen spielten auch in der seit Jahrzehnten geführten Diskussion über die schrittweise Einführung der gesetzlichen Sonntagsruhe eine Rolle, denn immerhin ließen sich hierbei sozialpolitische Fragestellungen mit den seelsorgerlichen Interessen der Kirche besonders eng verzahnen. Innerhalb der katholischen Presse war schließlich die Ansicht verbreitet, daß ein Mensch, der nach sechs Tagen angestrenzter Arbeit am siebenten Tag „keine Zeit findet, sich einmal von den irdischen Sorgen frei zu machen und seinen Geist zum Höheren zu erheben“, über kurz oder lang dem Materialismus anheimfallen müsse.⁷⁸ Weil nämlich der Materialismus der Hauptinhalt der „sozialistischen Irrlehre“ sei, werde es leicht verständlich, daß ein Arbeiter, der teilweise oder vollständig auf die Sonntagsruhe verzichte, in die Lage versetzt werde, sich immer mehr für die Ideen der Sozialdemokratie zu begeistern.⁷⁹

Nach der wenigstens für den Komplex der Industrie erfolgten gesetzlichen Einführung des arbeitsfreien Sonntags im Juni 1891 war diese Diskussion keineswegs beendet,⁸⁰ denn eine neue Herausforderung bestand für die katholische Kirche gerade in der Frage nach der zweckmäßigsten Ausgestaltung der für die Arbeiter hinzugewonnenen Freizeit. So hatte der Fürstbischof Georg Kopp zu einem Zeitpunkt, als der Plan für eine gesetzliche Regelung der Sonntagsruhe bereits feststand, in seinem Fastenhirtenschreiben vom 18. Januar 1891 auf die Notwendigkeit hingewiesen, mit Hilfe der sogenannten Sonntagsheiligung das Arbeitsverständnis der katholischen Arbeiter künftig beeinflussen zu können.⁸¹ Das *Märkische Kirchenblatt* folgte der Einschätzung des Fürstbischofs, als es der Einflußmöglichkeit der Kirche auf das Verhalten der Arbeiter, die sich aus der christlichen Ausgestaltung des Sonntags ergeben sollte, im September 1891 einen längeren Aufsatz widmete.⁸² Dessen Autor betonte, daß die Sonntagsfeier das geeignete Mittel sei, um auf die sozialen Gegensätze „versöhnend und ausgleichend“ einzuwirken und deren „Schroffheit“ abzumildern. Weil nämlich die Sonntagsfeier, wenn sie „im Geiste der Kirche begangen“ würde, den Menschen dazu anhielte, ein frommes Leben zu führen, um für den Himmel würdig zu sein, förderte sie in ihm auch die Bereitschaft, „sich leichter mit seinem Loose, auch wenn [es] ein hartes ist, [zu] versöhnen“.⁸³ Auf diese Weise gerate der Mensch nun viel weniger in die Versuchung, „die Reichen um ihr zeitliches Gut zu beneiden oder gar mit Mitteln der Gewalt die von Gottes Vorsehung angeordnete Ungleichheit im irdischen Besitze und Genusse ausgleichen zu wollen“. Wo andere Hilfe nicht zu erwarten war – das brachten derartige Ausführungen zum Ausdruck – da reduzierte sich der Wunsch nach Gesinnungsreform auf die Forderung, auf das Mittel der gewaltsamen Veränderung von sozialen Mißständen zu verzichten, um auf diese Weise wenigstens, in den Worten des Autors, die „Schaaren der Socialdemokratie“ zu dezimieren.

Die geforderte Einflußnahme der katholischen Kirche auf die hinzugewonnene freie Zeit ihrer Mitglieder schien dem Selbstverständnis der katholischen Presse als Kirchenpresse also nahe zu kommen. Eine Maßnahme, die in dieser Hinsicht von den Tageszeitungen vorgenommen werden konnte, hätte

darin bestehen können, auf die hinzugewonnene Freizeit der Leser mit einer Erweiterung des Angebots an erbaulichen Artikeln zu reagieren. Obwohl im Hinblick auf das gestiegene Lesebedürfnis der Abonnenten die Anzahl der Beilagen in den folgenden Jahren beträchtlich erweitert wurde, konzentrierten die Zeitungen ihre Bemühungen dennoch in erster Linie auf eine Erweiterung des Angebots an Unterhaltungsbeilagen und den Ausbau des Feuilletons mit Erzählungen, Romanen und Spielen.⁸⁴ Dagegen erschienen kaum zusätzliche Artikel mit religiösem Inhalt; aus Rücksicht auf die Unterhaltungsbedürfnisse der Leser reduzierten die Zeitungen sogar den Anteil, den Erbauungstexte und Homilien im Verhältnis zum übrigen redaktionellen Angebot besaßen.⁸⁵

Neben den Versuchen, das christliche Instrumentarium zur moralisch-ethischen Gesinnungsreform in den Dienst der Lösung der sozialen Frage zu stellen, war in Teilen der katholischen Presse Berlins auch das Konzept der schrittweisen staatlich-interventionistischen Sozialreform weiter verfolgt worden. Neben der Sozialpolitik der neuen Regierung unter dem Reichskanzler von Caprivi bot die Sozialenzyklika *Rerum Novarum* Papst Leos XIII. vom 15. Mai 1891 den wichtigsten Anhaltspunkt.⁸⁶ Ähnlich wie schon Kaiser Wilhelm II. hatte der Papst auf die Möglichkeiten der staatlichen Sozialpolitik hingewiesen und sogar betont, daß er eine interventionistische Sozialpolitik durchaus als gleichberechtigt neben den Maßnahmen der Kirche anerkannte.⁸⁷ Die besonders ausführliche Kritik an der sozialdemokratischen Bewegung, die sich vor allem auf den Eigentumsbegriff und auf die Mittel konzentrierte, mit denen die sozialistischen Ideen in die Tat umgesetzt werden sollten,⁸⁸ hinterließ darüber hinaus sogar den Eindruck, als bewertete der Papst aktive Sozialpolitik ebenso wie der Kaiser zugleich als einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.⁸⁹

Während die *Märkische Volkszeitung* und das *Märkische Kirchenblatt* die Enzyklika in erster Linie nur als Grundsatzkritik am Liberalismus und die päpstliche Auseinandersetzung mit dem Sozialismus als Aufforderung zum christlichen Handeln gegen die sozialdemokratische Bedrohung bewerteten,⁹⁰ suchte die *Germania*, ähnlich wie nach der Bekanntgabe der kaiserlichen Sozialerlasse, in der Enzyklika zunächst nur die Bestätigung für die von ihr bisher eingenommene Haltung. Dementsprechend maß die Zeitung dem Abschnitt über die Beteiligung der Staatsgewalt an der Lösung der sozialen Frage die „directeste praktische Bedeutung“ zu.⁹¹ Für die *Germania* und das im gleichen Verlag herausgebrachte *Schwarze Blatt* bedeutete die Äußerung Leos XIII. eine Entscheidung gegen das Laisser aller des Staats auf dem Gebiet der Arbeiterfrage und gegen das von den liberalen Parteien propagierte Prinzip der Selbsthilfe des Arbeiters.⁹² Beide Periodika legten auf den Umstand besonderen Wert, daß die bisherige Zentrums politik durch den Papst bestätigt worden sei und – in den Worten der *Germania* – in der Enzyklika „eine glänzende Rechtfertigung und eingehende Begründung erfahren“ habe.⁹³

Trotz der allgemeinen Zustimmung, die offenbar mehr der Person Leos XIII. und damit der katholischen Kirche als Institution als dem Inhalt des Rundschreibens gegolten hatte, fand die Enzyklika *Rerum Novarum* verglichen mit der Wirkung der Sozialerlasse bis zum Ende des Jahrhunderts nur ein verhältnis-

mäßig geringes fachliches Interesse in der katholischen Presse.⁹⁴ Eine Ausnahme bildeten die Äußerungen Leos XIII. über die Fragen der Organisation und der Beschaffenheit der katholischen Arbeitervereine. Hier bewirkte die in den katholischen Vereinen Berlins zeitweise lebhaft geführte Diskussion über die richtige Organisation der katholischen Arbeiterbewegung, daß sich auch die katholischen Zeitungen und Zeitschriften in ihren Vereinsberichten mehrere Male mit den Empfehlungen des Papstes auseinandersetzten.⁹⁵ Erst der Argumentationsbedarf in der Phase des Gewerkschaftsstreits führte dazu, daß die Konfliktparteien, die um den richtigen Weg in der christlichen Arbeiterbewegung stritten, die Enzyklika stärker in ihre jeweiligen Argumentationen einbezogen und sogar zur Richtschnur ihres Handelns erklärten.

5. Die Hinwendung zur christlichen Arbeiterbewegung

Zwei Faktoren, nämlich die Entstehung interkonfessioneller Gewerkschaften und die veränderte Einstellung Kaiser Wilhelms II. gegenüber den Möglichkeiten staatlicher Sozialpolitik trugen in der zweiten Hälfte der 1890er Jahre dazu bei, daß sich die Diskussion der sozialen Frage innerhalb der Berliner katholischen Presse schrittweise veränderte.

Parallel zur Entwicklung der neuen Sozialpolitik in Deutschland hatte Fürstbischof Georg Kopp – übrigens mit Rückendeckung des Papstes und des preußischen Episkopats⁹⁶ – die Förderung von katholischen Arbeitervereinen als kirchlichen Beitrag zur Lösung der sozialen Frage vorangetrieben.⁹⁷ Im Unterschied sowohl zu den in Berlin bereits bestehenden bürgerlichen Vereinen, zu deren Gründung in der Regel Laien den Anstoß gegeben hatten,⁹⁸ als auch zu der Entwicklung der katholischen Arbeitervereine in anderen Teilen Deutschlands sollte nach dem Willen des Fürstbischofs die Initiative für die Gründung und Ausgestaltung der Arbeitervereine von Anfang an beim Klerus liegen.⁹⁹ Dieser Vorgabe widersprach die Gründung und Ausbreitung der Christlichen Gewerkschaften nach dem Vorbild des im August 1894 auf Initiative des katholischen Bergarbeiters August Brust gegründeten Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter.¹⁰⁰ Dabei konnten sie einerseits wegen der Verbindung von christlichen Wertvorstellungen und der Orientierung am Leitbild der Sozialpartnerschaft von Arbeitnehmern und Arbeitgebern und der parteipolitischen Neutralität für die Kirche eine akzeptable Ergänzung zu den Arbeitervereinen darstellen, während sie andererseits wegen der grundsätzlichen Bejahung des Streiks als Kampfmittel, der Interkonfessionalität und der Option für eine an Sachfragen orientierte Kooperation mit den sozialdemokratisch beherrschten Freien Gewerkschaften über eine wesentlich höhere Schlagkraft als die katholischen Arbeitervereine verfügten.¹⁰¹

Der zweite Faktor, die veränderte Einstellung Kaiser Wilhelms II. gegenüber den Möglichkeiten der Sozialpolitik, die er mit seinem gegen die evangelisch-soziale Bewegung gerichteten Diktum „christlich-sozial ist Unsinn“ im Herbst 1895 plakativ zum Ausdruck gebracht hatte, und die im Beschluß des Evangelischen Oberkirchenrats der preußischen Landeskirche vom 16. Dezember 1895 zum Ausdruck gekommen war,¹⁰² verringerte die Aussichten des Zen-

trums, über das Vehikel der Sozialpolitik zu einer Zusammenarbeit mit einflußreichen protestantischen Kräften der Deutschkonservativen Partei und damit zu einer indirekten Mitwirkung an der Regierung zu gelangen.¹⁰³ Sie wirkten sich auch in retardierender Weise auf die Gangart der Sozialgesetzgebung aus. Die Versuche des Kaisers, die Sozialdemokratie nun nicht mehr auf dem Weg sozialer Reformen, sondern über mehrere Gesetzesinitiativen zu bekämpfen, berührten auch die Interessen der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Besonders Aktivitäten wie die sogenannte Zuchthausvorlage¹⁰⁴ waren geeignet, auch die Handlungsfreiheit der christlichen Arbeiter gegenüber ihren Arbeitgebern einzuschränken, zumal sie in dieser Beziehung wegen der gegenüber allen Gewerkschaftsorganisationen verbreiteten Vorurteile ohnehin nicht wesentlich mehr Spielraum besaßen als ihre in den Freien Gewerkschaften organisierten Kollegen.¹⁰⁵ Darüber hinaus konnten Aktionen gegen die in den sozialdemokratischen Gewerkschaften organisierten Kollegen leicht zu einer Solidarisierung der gesamten Arbeiterschaft mit den Betroffenen führen und damit den Rückhalt für die christlichen Organisationen schwächen.

Die katholische Presse, die die Gründung der christlichen Gewerkschaftsorganisation Arbeiterschutz mit Sympathie begleitet hatte,¹⁰⁶ reagierte auf die prekäre Lage, in welche die neue Gewerkschaftsbewegung durch die restriktive Politik Wilhelms II. gelangt war, zunächst uneinheitlich. Bestärkt durch die negativen Erfahrungen, die inzwischen auch in den Christlichen Gewerkschaften mit den Arbeitgebern gemacht worden waren, und die Feststellung gemeinsamer gewerkschaftlicher Interessen gegenüber dem Staat,¹⁰⁷ unterstützten sie die Versuche der Christlichen Gewerkschaften, von Fall zu Fall mit den Freien Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, mit dem Hinweis auf Veränderungen innerhalb der Sozialdemokratie. So bewerteten besonders die Zeitungen des *Germania*-Verlags den Erfolg der reformistischen Politiker Georg von Vollmar und Eduard Bernstein auf den sozialdemokratischen Parteitag in Stuttgart im Oktober 1898 und in Hannover im Oktober 1899 als Beleg dafür, daß die Sozialdemokratie auf dem Weg sei, ihre marxistische Ideologie und ihren revolutionären Charakter zu verlieren.¹⁰⁸ Dagegen sah die *Märkische Volkszeitung* in der Hinwendung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung zur praktischen Sozialreform die Gefahr, daß die katholischen Arbeiter, die primär an der Verbesserung ihrer materiellen Situation interessiert waren, den Gegensatz zwischen den Zielen der Christlichen Gewerkschaften und den Freien Gewerkschaften immer weniger nachvollziehen könnten. Während nämlich die Sozialdemokratie – so die *Märkische Volkszeitung* im September 1899 – bestimmte wirtschaftliche Mißstände in zunehmendem Maß zu Recht kritisiere, Verbesserungsvorschläge mache, Auskunfts- und Rechtsschutzbüros eröffne und in ihrer Presse beharrlich auf Abhilfe dringe, könne die christliche Gewerkschaftsbewegung ihr gegenüber ins Hintertreffen geraten, falls sie nicht ebensoviel zur Besserung der Lage der Arbeiter leiste, wie von sozialdemokratischer Seite getan werde.¹⁰⁹ Alles Reden und Schreiben über die „Ungläubigkeit der Sozialdemokratie und die Unausführbarkeit eines Zukunftsstaats“ würde ansonsten nicht verhindern, daß sich immer mehr Arbeiter der sozialdemokratischen Bewegung anschließen.¹¹⁰

Das taktisch begründete Erfordernis der Abgrenzung der christlichen Gewerkschaftsbewegung gegenüber der Konkurrenz der Freien Gewerkschaften, aber auch der von den anderen bürgerlichen Gesellschaftsgruppen und Parteien auf die christlich-soziale Bewegung ausgeübte Zwang, durch eine antisozialdemokratische Grundhaltung Staatstreue zu beweisen, machten es erforderlich, daß die katholische Presse ihre seit Jahren geübte Polemik gegenüber der Sozialdemokratie unablässig fortsetzte.¹¹¹ Diese Vorgehensweise schloß jedoch nicht aus, daß die katholische Presse einer sachlich begründeten Zusammenarbeit der Christlichen Gewerkschaften mit reformistischen Teilen der Sozialdemokratie auch weiterhin zustimmte. Die in mehreren Artikeln bekundete Unterstützung dieses Trends nahm sogar noch zu, als sich die Christlichen Gewerkschaften auf den ersten beiden Kongressen ihres Gesamtverbands, die in den Jahren 1899 und 1900 stattfanden, demonstrativ für die Beibehaltung der pragmatischen Gewerkschaftspolitik entschlossen.¹¹² So betonte das als Beilage des Arbeiter herausgegebene Vereinsorgan Arbeiterschutz den rein wirtschaftlichen Charakter der christlichen Gewerkschaftsbewegung und kommentierte den Mainzer Gründungskongreß des christlichen Gesamtverbandes mit der Feststellung, daß alles vermieden werden müsse, was die Arbeiter weiter trenne und zersplittere.¹¹³ Und für die *Märkische Volkszeitung* war es nun nicht mehr ausgeschlossen, daß eines Tages alle Arbeiter in einer Gewerkschaft vereinigt wären, vorausgesetzt, den Freien Gewerkschaften gelänge es, sich von ihren politischen und antireligiösen Bestrebungen zu befreien.¹¹⁴ Es sei also zunächst die Aufgabe der Freien Gewerkschaften, sich auf einen neutraleren Boden zu stellen, bevor an eine Gesamtorganisation der Arbeiter gedacht werden könne.¹¹⁵ Nachdem die *Germania* im Februar 1900 unter Berufung auf Äußerungen des Mainzer Bischofs Wilhelm Emanuel von Ketteler die Christlichen Gewerkschaften ebenfalls als rein wirtschaftliche und politisch wie religiös neutrale Organisationen auf der Grundlage von Standesehre, Standespflicht und Standessitte verstanden wissen wollte,¹¹⁶ ging die *Katholische Volkszeitung* zwei Monate später noch einen Schritt weiter und interpretierte die Christlichen Gewerkschaften – ähnlich wie es die *Märkische Volkszeitung* schon früher getan hatte – nur als eine Zwischenlösung, bis sich die sozialdemokratische Bewegung verändert habe; das einzig wünschenswerte Ziel sei aber eine einheitliche, religiös und politisch neutrale Gewerkschaft.¹¹⁷

Schlußbemerkung

Bekanntlich beendete der vom Breslauer Fürstbischof Georg Kardinal Kopp initiierte Einspruch des preußischen Klerus im Fuldaer Pastorale vom 22. August 1900 die Diskussion über eine Annäherung der großen Gewerkschaftsverbände und behinderte darüber hinaus nachhaltig die weitere Arbeit der Christlichen Gewerkschaften.¹¹⁸ Zu einem Zeitpunkt, als bereits 152.000 Arbeiter in 42 interkonfessionellen Vereinen organisiert waren,¹¹⁹ führten Georg Koppes Vorwurf, die Christlichen Gewerkschaften hätten den Einfluß der Religion verdrängen wollen, und seine Forderung, daß eine gewerkschaftliche Organisation katholischer Arbeiter auch katholisch sein und der Leitung der kirchlichen Autorität unterstehen müsse,¹²⁰ die in der katholischen Presse artikulierte Diskussion der Berliner Katholiken zurück auf eine ebenso prononciert christlich-katholische wie antisozialdemokratische Basis.¹²¹ Das Festhalten der *Märkischen*

Volkszeitung an dem eingenommenen Standpunkt – sie verwarf alle ihre Überlegungen über eine Annäherung an die Freien Gewerkschaften, verteidigte aber die Notwendigkeit der Christlichen Gewerkschaften¹²² – wurde erst mit ihrer Übernahme durch den *Germania*-Verlag im Dezember 1900 beendet. Daß die Haltung der katholischen Presse Berlins bis zu der vom Beginn des Gewerkschaftsstreits markierten Zäsur den Interessen wenigstens eines Teils der Berliner Katholiken ziemlich nahe gestanden hatte, das dokumentieren zum einen die Einwände, die sich innerhalb des Verbandes der Arbeitervereine Nord- und Ostdeutschlands nach dem Pastoral Schreiben äußerten,¹²³ zum anderen aber auch die kritischen Bemerkungen von Angehörigen der Berliner Vereine gegenüber einer der veränderten Zeit angepaßten Umgliederung der Redaktionen durch den *Germania*-Verlag.¹²⁴

Die Versuche, die von katholischer Seite unternommen worden waren, um ein eigenständiges Konzept zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu entwickeln, hat Franz Joseph Stegmann als „die ‘katholische’ Lösung der sozialen Frage“ beschrieben.¹²⁵ Die unterschiedlichen Argumentationslinien, die bei diesen Versuchen zu erkennen waren, und der konzeptionelle Wandel, dem sie in der Phase zwischen dem Bergarbeiterstreik und dem Gewerkschaftsstreit unterworfen waren, lassen erahnen, in welchem Ausmaß das sozialpolitische Engagement, das die katholische Presse Berlins im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts entwickelte, von der Geschichte des politischen Katholizismus als gesellschaftlicher Kraft im Wilhelminischen Kaiserreich abhing und wie weit folglich das Engagement der katholischen Zeitungen und Zeitschriften über den Rahmen kirchlicher Anteilnahme an gesellschaftlichen Prozessen hinausreichte. Verständlich wird dieses Engagement schon allein unter wahltaktischen Gesichtspunkten, wenn man bedenkt, in welchem Ausmaß – übrigens im Unterschied zum vergleichsweise wenig organisierten Protestantismus – die Existenz des Zentrums von der Unterstützung einer zum größten Teil in sozialen und caritativen Verbänden und Vereinen organisierten Wählerbasis abhing.¹²⁶

Die funktionale Einbindung des Themas Soziale Frage in die Aktivitäten der einzelnen Interessengruppen innerhalb des politischen Katholizismus konnte auch am Beispiel der Versuche der *Germania*, über eine parteipolitische Allianz der beiden Konfessionen auf christlich-konservativ-sozialer Grundlage wenigstens kurz angedeutet werden. Von ähnlicher Qualität erscheint die konzeptionelle Abhängigkeit von den Höhen und Tiefen der Sozialpolitik des Kaisers und damit die Koppelung an dessen antisozialdemokratische Abwehrversuche. Denn immerhin übte die von der katholischen Presse geführte Agitation gegen die Sozialdemokratie als Maßnahme zur staatsbürgerlichen Profilierung eine ähnliche Funktion aus wie das von Rudolf Morsey bei einem Teil des Zentrums konstatierte „Bekenntnis zur nationalen Pflichterfüllung“, das sich in der parlamentarischen Unterstützung der Militärvorlagen ausgedrückt habe.¹²⁷

Das Stocken der staatlichen Sozialpolitik in der sogenannten Ära Stumm, die Einsicht in die Erfolglosigkeit des Konzepts der Gesinnungsreform und die neugewonnene Perspektive praktischer sozialpolitischer Aktivitäten auf dem Weg gewerkschaftlicher Organisation führten bis auf einen in der Tendenz eher rhetorischen Bereich zur partiellen Aufgabe der bisher von der katholischen

Presse verfolgten konkurrierenden Konzepte. An deren Stelle trat, begünstigt durch den Wandel in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die Ausrichtung fast aller Berliner katholischen Zeitungen und Zeitschriften – hiervon war nur das Märkische Kirchenblatt ausgenommen – auf eine erfolversprechende Gewerkschaftsarbeit. Für die Bewertung dieser neuen sozialpolitischen Aktivität ist sicher Gerhard Ritter zuzustimmen, wenn er behauptet, daß es in den 1890er Jahren eine reale Chance für das Bestreben gab, mit Hilfe einer bürgerlich-christlichen Sozialreform die Arbeiterschaft innerlich für den Staat zu gewinnen.¹²⁸ Dennoch bleibt die Frage hypothetisch, welche Maßnahmen unter den Bedingungen der Wilhelminischen Gesellschaft zur Verfügung gestanden hätten, um die von Klaus Schönhoven für die Zeit bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs beschriebene „tiefe Kluft“ zwischen bürgerlicher Gesellschaft und (sozialdemokratischer) Arbeiterbewegung zu überwinden, und welche Maßnahmen besonders auf seiten der katholischen Kirche hätten ergriffen (oder vermieden) werden müssen, um einer ähnlichen Entwicklung im Verhältnis zwischen Gesellschaft und katholischen Arbeitern vorzubeugen.¹²⁹ Daß wenigstens der Versuch zur Verbesserung dieses Verhältnisses unternommen worden ist, das belegen die Aktivitäten der katholischen Presse in Berlin.

Anmerkungen:

Im Anmerkungsstil werden bestimmte, häufig benutzte Zeitungs- und Zeitschriftentitel mit folgenden Siglen zitiert: KVZ (*Katholische Volkszeitung*), MK (*Märkisches Kirchenblatt*), MVZ (*Märkische Volkszeitung*), SB (*Das Schwarze Blatt*). Bei einigen Zeitungen (in der Regel bei der *Germania*) waren die Ausgaben eines Erscheinungsdatums nach Blättern numeriert, in den Anmerkungen werden diese Blätter – der Gepflogenheit in den Querverweisen der *Germania* entsprechend – hinter der Angabe der Nummer in römischen Ziffern vermerkt. Alle Überschriften, die den zitierten Artikeln voranstehen, werden aufgeführt. Um vollständige Titel, die in der Regel mit einem Satzzeichen abgeschlossen wurden, von den sogenannten Spitzmarken – also den optisch hervorgehobenen Satzanfängen – unterscheiden zu können, werden die entsprechenden Satzzeichen unverändert in die Anmerkung übernommen. In den Zitaten werden wörtliche Zitate buchstabengetreu wiedergegeben, Sperrungen in kursiver Schrift markiert. Dagegen werden offensichtliche Rechtschreibungs- oder Druckfehler, die in den Zitaten vorkommen, ohne gesonderten Hinweis korrigiert.

- 1 Vgl. hierzu die rückblickende Auseinandersetzung zwischen Paul Majunke und Karl Bachem in den Artikeln „Erklärung“ *Germania*, Nr. 28 (II) vom 4. Februar 1896, 1, und „Zur Erklärung des Herrn Dr. Majunke“ *Germania*, Nr. 34 (II), Di, 11. Februar 1896, 1f. S. auch Hermann Cardauns, Fünfzig Jahre Kölnische Volkszeitung. Ein Rückblick zum goldenen Jubiläum der Zeitung am 1. April 1910, Köln 1910, 27f.
- 2 Bericht des Berliner Polizeipräsidenten vom 8. Januar 1889, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn (PAAA), Deutschland 126, Nr. 2 a, Bd. 2 (Abschrift).
- 3 Zur Stellung der *Germania* im Kulturkampf und zu den einzelnen Redakteuren vgl. Josef Lange, Die Stellung der überregionalen Tagespresse zum Kulturkampf in Preußen (1871-1878), Bern und Frankfurt a. M. 1974. Eine Zusammenstellung der Redakteure bringt Klaus Martin Stiegler, *Germania*, 299f.
- 4 Leo Woerl bezeichnete diesen Schritt als eine Vorbereitung des Übergangs „zum Frieden und der Ruhe“ (Die Presseverhältnisse im Königreich Preussen, 639). Vgl. auch Karl Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, Bd. 3, 134.
- 5 Vgl. Frankfurter Zeitung, Nr. 346 (I) vom 11. Dezember 1888. 1.

- 6 "Von der 'Germania'" *Germania*, Nr. 194 (II) vom 25. August 1889, 1.
- 7 Die *Germania* ist bisher als einzige der katholischen Periodika Berlins ausführlicher untersucht worden. Als Einzeluntersuchung existiert allerdings bislang nur die kurze Skizze von Klaus Martin Stiegler, *Germania*, in: Heinz-Dietrich Fischer (Hg.), *Deutsche Zeitungen des 17.-20. Jahrhunderts* (Publizistisch-historische Beiträge 2), Pöhl 1972, 299-313. Zu den zahlreichen Darstellungen, in denen die *Germania* gemeinsam mit anderen Periodika untersucht wurde, gehören u. a. die folgenden Titel: Klemens Löffler, *Geschichte der katholischen Presse Deutschlands* (Soziale Tagesfragen 50), M.-Gladbach 1924; Hans Joachim Reiber, *Die katholische Tagespresse unter dem Einfluß des Kulturkampfes*, Görlitz 1930 (Diss. phil. Leipzig 1930); Josef Lange, *Die Stellung der überregionalen Tagespresse zum Kulturkampf in Preußen (1871-1878)* (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 40), Bern und Frankfurt/M. 1974; Ursula Koch, *Berliner Presse und europäisches Geschehen 1871. Eine Untersuchung über die Rezeption der großen Ereignisse im ersten Halbjahr 1871 in den politischen Tageszeitungen der deutschen Reichshauptstadt* (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 22), Berlin 1978; Armine Haase, *Katholische Presse und die Judenfrage. Inhaltsanalyse katholischer Periodika am Ende des 19. Jahrhunderts* (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung 20), Pöhl bei München 1975.
- 8 Das *Schwarze Blatt* erschien ab Oktober 1896 als Beilage der *Katholischen Volkszeitung*.
- 9 Als Organ des in Berlin ansässigen Verbands der katholischen Arbeitervereine wurde die Wochenschrift im Rahmen mehrerer Untersuchungen über den Gewerkschaftsstreit bisher nur als Quelle für die offiziellen Positionen der sogenannten Berliner Richtung herangezogen, vgl. Lucian Kuderka, *Der Gewerkschaftsstreit der deutschen Katholiken in der Publizistik (1900-1914)*, Diss. phil. Münster 1957; Rudolf Brack, *Deutscher Episkopat und der Gewerkschaftsstreit 1900-1914* (Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte 9), Köln und Wien 1976; Horstwalter Heitzer, *Georg Kardinal Kopp und der Gewerkschaftsstreit 1900-1914* (Forschungen und Quellen zur Kirche und Kulturgeschichte Ostdeutschlands 18), Köln und Wien 1983.
- 10 Vgl. hierzu Michael Schmolke, *Die schlechte Presse. Katholiken und Publizistik zwischen „Katholik“ und „Publik“ 1821-1968*, Münster 1971, 180f.
- 11 So explizit in der Anzeige in der MVZ, Nr. 195 vom 26. August 1894, 1.
- 12 Vgl. „Das Sozialistengesetz“ MVZ, Nr. 37 vom 16. März 1889, 1. In ihrem Artikel „An die verehrten Leserinnen und Leser der Märkischen Volks-Zeitung“ (Nr. 192 vom 22. September 1889, 1) begründete die *Märkische Volkszeitung* ihr Interesse an der sozialen Frage mit der Pflicht der Katholiken „als wahre Freunde des Vaterlandes“, das „irregeleitete Volk nicht allein zum Altar, sondern auch zum Thron zurückzuführen“.
- 13 Vgl. Franz Josef Stegmann, *Das Ringen um die Lösung der sozialen Frage. Der gesellschaftspolitische Weg im deutschen Katholizismus bis zum Ersten Weltkrieg*, in: *Soziale Frage und Kirche im Saarrevier. Beiträge zu Sozialpolitik und Katholizismus im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert*, Saarbrücken 1984, 11-18; Karl-Egon Lönne, *Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert* (Neue Historische Bibliothek. Edition Suhrkamp N. F. 264), Frankfurt/M. 1986, 58f. Ein typisches Beispiel für die frühe praktische Verbindung der kirchlichen Erneuerungsbewegung mit der katholisch-sozialen Bewegung waren die in Frankreich 1845 entstandenen Vinzenz-Konferenzen und die seit 1848 in Deutschland gegründeten Pius-Vereine, vgl. Nikolaus Monzel, *Die katholische Kirche in der Sozialgeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, hg. von Trude Herweg und Karl Heinz Grenner, München und Wien 1980, 236; Ute Schmidt, *Katholische Arbeiterbewegung zwischen Integralismus und Interkonfessionalismus: Wandlungen eines Milieus*, in: Rolf Ebbinghausen/Friedrich Tiemann (Hg.), *Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Ein Diskussionsband zum sechzigsten Geburtstag von Theo Pirker* (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 43), Opladen 1984, 220.
- 14 Vgl. die grundlegende Darstellung von Franz Josef Stegmann, *Von der ständischen*

- Sozialreform zur staatlichen Sozialpolitik. Der Beitrag der *Historisch-Politischen Blätter* zur Lösung der sozialen Frage, München und Wien u. a. 1965, sowie den aufschlußreichen, von Dieter Albrecht bearbeiteten Schriftwechsel: Joseph Edmund Jörg, Briefwechsel 1846-1901 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe A: Quellen 41), Mainz 1988.
- 15 Im Jahr 1889 übertrafen Industrie und Handwerk erstmals die Landwirtschaft in ihrem Anteil an der Wertschöpfung, vgl. die Statistik in: Gerd Hohorst u. a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918 (Beck'sche Elementarbücher, Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 21978, 88.
 - 16 Zur Lage der Diaspora s. die zusammenfassende Darstellung von Hans-Georg Aschoff: Berlin als katholische Diaspora, in: Kaspar Elm/Hans-Dietrich Looock (Hg.): Seelsorge und Diakonie in Berlin. Beiträge zum Verhältnis von Kirche und Großstadt im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 74), Berlin 1990, 223-232.
 - 17 Zahlenangaben bei Walter Wendland, Die Entwicklung der katholischen Kirche in Groß-Berlin bis 1932 (unter Berücksichtigung der Gesamtentwicklung im Bistum Berlin), in: Jahrbuch für Brandenburgische Kirchengeschichte 30 (1935), 47. Auf den relativ geringen Zuzugsanteil schlesischer Einwanderer (12-13 %) verweist Michael Erbe, Berlin im Kaiserreich (1871-1918), in: Wolfgang Ribbe (Hg.), Geschichte Berlins, Bd. 2: Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart, München 1987, 696.
 - 18 Zahlenmäßig am stärksten waren die Gemeinden in den Arbeiterbezirken im Norden und Osten der Stadt. Zum Arbeiter- und Dienstoffiziantenanteil sowie zur regionalen Herkunft der Katholiken s. Ernst Hirschberg, Die soziale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin, Berlin 1897, 18f., sowie die Angaben in mehreren Artikeln, die in der *Germania* zur Berliner Kirchennot erschienen waren, Nr. 186 (II) vom 16. August 1889, 1; Nr. 187 (II) vom 17. August 1889, 1; Nr. 212 (I) vom 15. September 1889, 1; Nr. 197 (II) vom 30. August 1891, 1.
 - 19 Nach einer Studie, die Ernst Hirschberg (Die soziale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin, 223f.) zur Verfügung stand, kamen im Jahr 1894 auf 100 Beschäftigte im Baugewerbe 446 Stellenwechsel; in der weniger von Saisonarbeit abhängigen Metallindustriewaren 1895 durchschnittlich nur 13,2 % der Gesellen und 24,2 % der Lehrlinge länger als 300 Tage im Jahr beschäftigt, bei angelegten Berufen lag hier der Anteil sogar unter 10 % (ebd., 252).
 - 20 Obwohl die Sozialdemokraten sogar annähernd 100.000 Stimmen mehr als das Zentrum erhielten, konnten sie die Zahl der Reichstagsmandate nur auf 35 erhöhen, vgl. Gerhard A. Ritter (unter Mitarbeit von Merith Niehuss), Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918 (Beck'sche Elementarbücher, Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 1980, 40.
 - 21 Vgl. hierzu die nachfolgenden Artikel: „Zur Berliner Kirchen-Noth“, *Germania*, Nr. 186 (II) vom 16. August 1889, 1;
 - 22 „Zur Berliner Kirchen-Noth“, *Germania*, Nr. 186 (II) vom 16. August 1889, 1.
 - 23 „Unsere Kirchennoth“, MK, Nr. 32, 10. August 1889, 253.
 - 24 „Die Seelsorgenoth der Katholiken in Berlin“ *Germania*, Nr. 121 (II) vom 28. Mai 1893, 1.
 - 25 Ebd.
 - 26 „Eine große Aufgabe für die deutschen Katholiken!“ MVZ, Nr. 256 vom 4. November 1896, 1.
 - 27 Ebd.
 - 28 „Berliner Arbeiter-Geistliche“ MVZ, Nr. 264 vom 13. November 1896, 1.
 - 29 „Auf den Busch klopfen“ *Germania*, Nr. 90 (I) vom 18. April 1889, 1; „Die Zunahme der Sozialdemokratie“, *Germania*, Nr. 161 (II) vom 18. Juli 1889, 1; „Das Sozialistengesetz“ MVZ, Nr. 37 vom 16. März 1889, 1; „Zur Begründung des neuen Sozialistengesetz-Entwurfs“ *Germania*, Nr. 248 (I) vom 27. Oktober 1889, 1.
 - 30 „Das Sozialistengesetz“ MVZ, Nr. 37 vom 16. März 1889, 1.

- 31 Ebd.
- 32 Ebd.
- 33 Zur Position der *Germania* vgl. „Die Wahlerfolge der Socialdemokraten“, *Germania*, Nr. 45 (I) vom 23. Februar 1890, 1.
- 34 „Für die Auseinandersetzung und Scheidung innerhalb der Arbeiterkreise“, *Germania*, Nr. 42 (II) vom 20. Februar 1890, 1.
- 35 „Wochenrundschau“ MVZ, Nr. 46 vom 25. Februar 1890, 1.
- 36 „Wochenrundschau“ MVZ, Nr. 52 vom 4. März 1890, 1.
- 37 Gemeinsam mit den Steinkohlenrevieren in Aachen, Schlesien, an der Saar und im Königreich Sachsen beteiligten sich sogar 150.000 Bergleute, vgl. Helga Grebing, Arbeiterbewegung. Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914 (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart), München 21987, 10; Klaus Saul, Zwischen Repression und Integration. Staat, Gewerkschaften und Arbeitskampf im kaiserlichen Deutschland 1884-1914, in: Klaus Tenfelde/Heinrich Volkmann (Hg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung (Arbeitsbücher: Sozialgeschichte und soziale Bewegung), München 1981, 214f.
- 38 Die jährliche Steinkohlen-Fördermenge im Oberbergamtsbezirk Dortmund war in den vorangegangenen zehn Jahren des Aufschwungs von 20 Mio. Tonnen auf über 33 Mio. t gesteigert worden, die jährliche Produktivität des einzelnen Belegschaftsmitglieds erreichte 1888 sogar ihren absoluten Höchststand in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, Zahlen bei Franz-Josef Brüggemeier, Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889-1919 (Bergbau und Bergarbeit), München 1983, 272.
- 39 Gegen die starke Konkurrenz der katholischen Knappenvereine gelang es den sozialdemokratischen Gewerkvereinen erst unmittelbar nach dem Streik, 58.000 Bergleute zu organisieren, insgesamt stieg der Mitgliederbestand der Freien Gewerkschaften in der kurzen Zeit von 1888 bis 1890 von 111.000 auf über 294.000 Mitglieder an; Zahlen nach Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde, Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, in: Gerhard A. Ritter, Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 23), Göttingen 1976, Abb. zu 96f.
- 40 „Ein Streik von unerhörtem Umfange in Deutschland“, *Germania*, Nr. 108 (I) vom 11. Mai 1889, 1. Die vermeintliche politische Unabhängigkeit der rheinisch-westfälischen Bergarbeiter erklärte die Zeitung in diesem Artikel mit der Behauptung, daß die Sozialdemokratie „bekanntlich in Deutschland in vorherrschend katholischen Bezirken noch nirgends zur dauernden Herrschaft hat kommen können“.
- 41 So betonte die *Germania* vor allem die Haltung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, der Nationalzeitung, des Rheinisch-Westfälischen Tageblatts und der Kölnischen Zeitung: „Die Arbeitseinstellung im Ruhr-Revier“, *Germania*, Nr. 109 (I) vom 12. Mai 1889, 1; „Der Ernst der Lage im Ruhr-Revier“, *Germania*, Nr. 109 (II) vom 12. Mai 1889, 1; „Mit fortwährend gesteigertem Interesse“, *Germania*, Nr. 111 (I) vom 15. Mai 1889, 1. Die entgegenkommende Haltung der genannten Zeitungen entsprach auch dem Beschluß des preußischen Staatsministeriums vom 9. Mai, in der nichtoffiziellen Presse zur Beruhigung der Lage für ein Entgegenkommen der Arbeitgeber einzutreten (Klaus Saul, Zwischen Repression und Integration, 216).
- 42 „Die Lohnbewegung im westfälischen Kohlenggebiete“ MVZ, Nr. 80 vom 9. Mai 1889, Beil., 1.
- 43 „Die Lohnbewegung im westfälischen Kohlenggebiete“ MVZ, Nr. 80 vom 9. Mai 1889, Beil., 1; „Ein Streik von unerhörtem Umfange in Deutschland“, *Germania*, Nr. 108 (I) vom 11. Mai 1889, 1; „Die Arbeitseinstellung im Ruhr-Revier“, *Germania*, Nr. 109 (I) vom 12. Mai 1889, 1; „Der Streik im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier“ MVZ, Nr. 84 vom 14. Mai 1889, 3. Der seit dem Jahr 1884 ständig gesunkene Kohlenpreis war 1888 erstmals wieder angestiegen und hatte mit durchschnittlich 4,80 Mark pro geförderte Tonne den höchsten Stand seit 1877 erreicht (Franz-Josef Brüggemeier, Leben vor Ort, 271f.).

- 44 "Der Ernst der Lage im Ruhr-Revier", *Germania*, Nr. 109 (II) vom 12. Mai 1889, 1; „Der Streik im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier“ MVZ, Nr. 84 vom 14. Mai 1889, 3; „Die Hoffnung auf eine baldige Beilegung des Kohlen-Arbeiter-Streiks“, *Germania*, Nr. 110 (I) vom 14. Mai 1889, 1.
- 45 "Die Anbahnung der Einigung", MVZ, Nr. 87 vom 18. Mai 1889, 1.
- 46 Ebd.
 - 47 "Das Wiederaufleben des Ausstandes im westfälischen Kohlenrevier", MVZ, Nr. 91 vom 23. Mai 1889, 1.
- 48 Ebd.
- 49 Ebd.
- 50 "Der Ernst der Lage im Ruhr-Revier", *Germania*, Nr. 109 (II) vom 12. Mai 1889, 1; „Die Hoffnung auf eine baldige Beilegung des Kohlen-Arbeiter-Streiks“, *Germania*, Nr. 110 (I) vom 14. Mai 1889, 1.
- 51 "Die Hoffnung auf eine baldige Beilegung des Kohlen-Arbeiter-Streiks", *Germania*, Nr. 110 (I) vom 14. Mai 1889, 1.
- 52 Zur Verteidigung gegen diese Kritik s. „Die Wahrheit über den Bergarbeiterstreik“, *Germania*, Nr. 167 (II) vom 25. Juli 1889, 1. Im November wurde diese Frage erneut diskutiert und daher in der *Germania* ausführlich behandelt: „Die katholische Presse im Kohlenrevier“, *Germania*, Nr. 267 (I) vom 20. November 1889, 1; „Eine Broschüre zum Bergarbeiterstreik“ *Germania*, Nr. 275 (I) vom 29. November 1889, 1; „Zur Verteidigung der katholischen Presse“, *Germania*, Nr. 277 (II) vom 1. Dezember 1889, 1. Zur Kritik an einer katholischen Unterstützung der Streikbewegung s. Klaus Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, 585.
- 53 Unter anderem in den Artikeln „Ein Streik von unerhörtem Umfange in Deutschland“, *Germania*, Nr. 108 (I) vom 11. Mai 1889, 1; „Die Hoffnung auf baldige Beilegung des Kohlen-Arbeiter-Streiks“, *Germania*, Nr. 110 (I) vom 14. Mai 1889, 1; „Mahnworte zur Einigung im Ruhr-Revier“, *Germania*, Nr. 110 (II) vom 14. Mai 1889, 1.
- 54 Die Erlasse und das Programm der Arbeiterschutzkonferenz erschienen im Reichs- und Staatsanzeiger am 5. und am 28. Februar 1890.
- 55 So bezeichnet Klaus Tenfelde bereits den Bergarbeiterstreik als „eine erste bedeutsame Station“ auf dem Weg zur Politik des Neuen Kurses (Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 125), Bad Godesberg 1977, 581). Ähnlich beschrieb Wilhelm II. den Zusammenhang zwischen Sozialdemokratie und neuer Sozialpolitik in seiner zurückblickenden Bewertung: Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Leipzig und Berlin 1922, 29f. Tatsächlich widmete der zweite Sozialerlaß der Verbesserung der Lage in den Bergwerken einen eigenen Absatz, während die von Wilhelm II. initiierte internationale Arbeiterschutzkonferenz vom März 1890 die „Regelung der Arbeit in den Bergwerken“ sogar als ersten Tagesordnungspunkt behandelte. Zur Einordnung der Sozialpolitik Wilhelms II. in die Innenpolitik der 1890 Jahre s. die bislang immer noch ausführlichste Gesamtdarstellung von Karl Erich Born (Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz).
- 56 "Kaiser Wilhelm der Arbeiterfreund" *Germania*, Nr. 30 (II) vom 6. Februar 1890, 1; „Kaiser Wilhelm und der Arbeiterschutz“ MVZ, Nr. 31 vom 7. Februar 1890, 1; „Das Centrum als christlich-soziale Reform-Partei“ *Germania*, Nr. 37 (II) vom 14. Februar 1890, 1; s. auch die mit zeitlicher Verzögerung im *Märkischen Kirchenblatt* erschienene Stellungnahme im Artikel „Gegen die sozialen Bestrebungen des Kaisers“, MK, Nr. 13, 29. März 1890, 103f.
- 57 Zu den Inhalten der Zentrums politik vgl. den Aufruf des Vorstands der Zentrumsfraktion im Reichstag vom Januar 1890, abgedruckt u. a. in der MVZ, Nr. 16 vom 21. Januar 1890, 1. Zum Wahlkampf in der Berliner Zentrumsorganisation s. den folgenden Bericht: „Zu den Reichstagswahlen“ MVZ, Nr. 22 vom 28. Januar 1890, 1. Auf der Wählerversammlung vom 2. Februar sprach der Berliner Zentrums kandidat Friedrich von Kehler folgende Themenschwerpunkte an: Beseitigung der Folgen des Kulturkampfes; den christlichen Gedanken bei der Gesetzgebung durchsetzen; Kampf ge-

- gen die Sozialdemokratie; Rückkehr der kirchlichen Ordensleute, weil sie zum Kampf gegen die Sozialdemokratie gebraucht würden („Zu den Reichstagswahlen in Berlin“ MVZ, Nr. 28 vom 4. Februar 1890, 3).
- 58 So u. a. in den Artikeln „Förderer der Sozialdemokratie“ MVZ, Nr. 43 vom 21. Februar 1890, 1; „Protestantismus und Unglaube“ MVZ, Nr. 53 vom 5. März 1890, 1; „Die Unzufriedenheit der unteren Volksklassen“ MVZ, Nr. 55 vom 7. März 1890, 1f.; „Wer löst die soziale Frage?“ MVZ, Nr. 57 vom 9. März, 1; „Warum ist eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung notwendig?“ MVZ, Nr. 80 vom 9. April 1890, 1.
- 59 So heißt es im Artikel „Der Ohnmächtigen Wut“ (MVZ, Nr. 57 vom 9. März 1890, 1): „Das Christentum sollte herausgebracht werden aus den Massen, und so haben sie [die Kartellparteien] selbst der Sozialdemokratie eine Bresche geschlagen. Denn sobald die dem Nationalliberalismus zu grunde liegende naturalistische Weltanschauung in die Massen kommt, so nimmt sie, das ist ja ganz klar, die Züge der Sozialdemokratie an.“
- 60 „Gegen die socialen Bestrebungen des Kaisers“, MK, Nr. 13, 29. März 1890, 104.
- 61 Zur politischen Biographie und besonders zur Rolle von Georg Kopp im Verhältnis zwischen katholischer Kirche und Staat s. Hermann Hoffmann, Georg von Kopp, in: Schlesische Lebensbilder, Bd. 2: Schlesien des 18. und 19. Jahrhunderts, Breslau 1926, 323-232; Rudolf Morsey, Georg Kardinal Kopp, in: Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, hg. von Rudolf Morsey, Bd. 1, Mainz 1973, 13-28; Christoph Weber, Kirchliche Politik zwischen Rom, Berlin und Trier 1976 bis 1888. Die Beilegung des preußischen Kulturkampfes (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B: Forschungen 7), Mainz 1970; Horstwalter Heitzer, Georg Kardinal Kopp und der Gewerkschaftstreit.
- 62 Pastoral schreiben vom 3. Februar 1890 (abgedruckt in der MVZ, Nr. 32 vom 8. Februar 1890, 1); Pastoral schreiben vom 8. März (Abgedruckt in der *Germania*, Nr. 65 (II) vom 19. März 1890, 1, und in der MVZ, Nr. 66 vom 20. März 1890, Beil. 1); Fastenhirtenbrief vom 18. Januar 1891, abgedruckt in: Hirtenbriefe des Fürstbischofs von Breslau Georg Kardinal Kopp 1887-1912. Zum 25jährigen Jubiläum Sr. Eminenz als Fürstbischof von Breslau, hg. von M[ax] Beyer und F[ranz] Nafe, Berlin 1912, 268-289.
- 63 So am ausführlichsten im Fastenhirtenbrief vom 18. Januar 1891 (Anm. 62). Zur Rechtfertigung gegenüber dem Kaiser schrieb Georg Kopp in seinem im April 1890 für den Papst verfaßten Bericht über die Arbeiterschutz-Konferenz, den er zunächst Wilhelm II. zur Korrektur vorlegte: „Was die Kirche thun kann, um den Intentionen Seiner Majestät zu entsprechen, habe ich in meinen beiden Sr. Heiligkeit zugesandten Pastore vom 3. Februar und 8. März d. Js. im Einzelnen aufgeführt.“ PAAA, Europa, Generalia, Nr. 90, Bd. 3.
- 64 „Im neuen Hirtenbriefe“, MK, Nr. 7, 14. Februar 1891, 49. Vgl. dazu Hirtenbriefe (Anm. 62), 268f. Eine weniger gravierende Kürzung betraf die Beschränkungen des Schulgottesdienstes (vgl. „Familie, Schule und Sonntagsheiligung“, MK, Nr. 8, 21. Februar 1891, 59, und Hirtenbriefe, a. a. O., 282f.).
- 65 Beginnend mit dem Artikel „Lehnin und die Cultur in der Mark“, MK, Nr. 18, 2. Mai 1891, 137-140. Die Artikelserie endete mit dem Artikel „Schule, Wissenschaft, Kunst, Industrie“ (Nr. 24, 13. Juni 1891, 185-187). Das Beispiel des Klosters Lehnin wurde gewählt, weil sich die soziale Bedeutung der Klöster „kaum irgendwo“ besser beobachten ließe, als in der Mark („Lehnin und die Cultur in der Mark“, MK, Nr. 19, 9. Mai 1891, 147).
- 66 Die Artikelserie wurde anonym veröffentlicht, sie stammte nach der Diktion aber offensichtlich aus der Feder des langjährigen Redakteurs des *Märkischen Kirchenblatts* Eduard Müller.
- 67 „Die Kloster-Schulung socialer Tugenden“, MK, Nr. 23, 6. Juni 1891, 178; „Schule, Wissenschaft, Kunst, Industrie“, MK, Nr. 24, 13. Juni 1891, 185.
- 68 Ebd.
- 69 „Lehnin und die Cultur der Mark“, MK, Nr. 18, 2. Mai 1891, 136.
- 70 „Die Kloster-Schulung socialer Tugenden“, MK, Nr. 23, 6. Juni 1891, 177. Ebenso auf

die Gegenwart bezogen waren die Hinweise zu den Begriffen Individualismus, Konkurrenzdenken und Klassenhaß (ebd., 178f.).

- 71 Vgl. Franz Josef Stegmann, Von der ständischen Sozialreform zur staatlichen Sozialpolitik (Anm. 14).
- 72 Sie waren am 23. August 1850 von Propst Leopold Pelldram ins Leben gerufen worden; die Anzahl der im Berliner Vinzenzverein nach dem Prinzip der Hausseelsorge organisierten Konferenzen war in der Zeit bis zum Ende des Jahrhunderts auf 21 angestiegen. Zur Entstehung der Vinzenzkonferenzen in Berlin s. Heinrich Fournelle, Die katholische Charitas in Berlin, Berlin 1900, 18; zur Statistik im Frühjahr 1897 vgl. MK, Nr. 11, 13. März 1897, 87; für das Jahr 1899 s. H. Fournelle, a. a. O., 39.
- 73 Nach Leo XIII. bestand die Aufgabe des Vinzenzvereins darin, „die Dürftigen und Bedrängten aus eigenem Antrieb aufzusuchen“ (Humanum genus vom 20. April 1884, in: Rundschreiben erlassen von Unserem Heiligsten Vater Leo XIII., 2. Sammlung, 320. Zum volkskirchlichen Aspekt der Vinzenzkonferenzen vgl. Winfried Becker, Georg von Hertling, Bd. 1, 189f.
- 74 „St. Vinzenz-Verein und Unfall-Verhütung“ MVZ, Nr. 136 vom 19. Juli 1889, 1.
- 75 Einen Hinweis auf das relativ geringe Interesse an der Mitarbeit in den Vinzenzkonferenzen bietet der Artikel „Die Generalversammlung des Vinzenzvereins“, MVZ, Nr. 140 vom 24. Juli 1889, 1.
- 76 Zur Verwendung des Begriffs Demut s. u. a. die Artikel im *Märkischen Kirchenblatt* in folgenden Homilien und belehrenden Beiträgen: Guido Görres, „Die Himmelskönigin“ MK, Nr. 34, 20. August 1892, 269; „Siebzehnter Sonntag nach Pfingsten“ MK, Nr. 37, 16. September 1893, 289f.; „Der hl. Joseph und der gute Bürger“ MK, Nr. 11, 17. März 1894, 82f.; „Weihnachtskrippe“ MK, Nr. 51, 22. Dezember 1894, 377f.; „Fünfter Sonntag in der hl. Fastenzeit“ MK, Nr. 13, 30. März 1895, 97f.; „Die wahre Demuth“ MK, Nr. 5, 1. Februar 1896, 35f., und Nr. 6, 8. Februar 1896, 42-44; „Sechzehnter Sonntag nach Pfingsten“ MK, Nr. 38, 17. September 1898, 297f.; zum Begriff Gottvertrauen s. die folgenden Beiträge: „Lohn des Gottvertrauens“ MK, Nr. 46, 17. November 1894, 363f.; „Gott verläßt die Seinen nicht“ MK, Nr. 47, 24. November 1894, 369f.; „Fünfundzwanzigster und letzter Sonntag nach Pfingsten“ MK, Nr. 47, 19. November 1898, 369f.
- 77 Zur Marienverehrung vgl. „Maria im Schifflein. Nach einer wahren Begebenheit erzählt“ Feierabend, Nr. 1, 2. Mai 1897, 2f.; „Mariä Himmelfahrt“ Feierabend, Nr. 16, 15. August 1897, 1f.; „Die Unbefleckte“ Feierabend, Nr. 32, 5. Dezember 1897, 1f.; „Am Fuße des Kreuzes entsagt“ Feierabend, Nr. 21, 22. Mai 1898, 1f. Typisch für den Josefskult waren u. a. folgende Beiträge: „Das Sterbebild des hl. Joseph“ Feierabend, Nr. 2, 9. Mai 1897, 1f.; „Im Sanct Josephs-Monat“ Feierabend, Nr. 10, 6. März 1898, 1; „St. Joseph (Der Arbeiterpatron)“, Feierabend, Nr. 12, 20. März 1898, 1.
- 78 „Die Sonntagsentheiligung fördert die Sozialdemokratie“ MVZ, Nr. 207 vom 10. September 1892, 1.
- 79 Ebd. Die wichtigsten Argumente für die Einführung der Sonntagsruhe erschienen zusammengefaßt bereits in der Artikelserie „Die Sonntagsfeier“ MVZ, Nr. 47 vom 26. Februar 1890, 1, Nr. 48 vom 27. Februar 1890, 1f.
- 80 Für Teilbereiche der Wirtschaft wurde die gesetzliche Sonntagsruhe im Rahmen der Gewerbeordnungs-Novelle am 1. Juni 1891 eingeführt, vgl. Akten zur staatlichen Sozialpolitik in Deutschland 1890-1914 (Historische Forschungen 3), hg. von Peter Rasow u. Karl Erich Born. Wiesbaden 1959, 1f.
- 81 Vgl. Hirtenbriefe (Anm. 62), 286-288.
- 82 „Der Einfluß der Sonntagsfeier auf die allgemeine Sittlichkeit“ MK, Nr. 37, 12. September 1891, 289-291, Nr. 38, 19. September 1891, 297f. Hiernach die folgenden Ausführungen.
- 83 Im gleichen Sinn beschrieb der Autor an anderer Stelle des Artikels die Wirksamkeit des Gebets (S. 291): „Es erhebt den Menschen über das Irdische und macht seine Seele himmlisch gesinnt; es weckt in ihm die Lust und Liebe zum Guten und verleiht ihm Kraft zu freudiger Pflichterfüllung; es facht in ihm die Liebe Gottes an und stärkt ihn zur Ueberwindung des Bösen“

- 84 Am meisten Beilagen erschienen in der *Katholischen Volkszeitung*, nämlich das mit Erzählungen, Humoresken, Rätseln und Spielen ausgestattete *Illustrierte Unterhaltungsblatt* (seit 1896 ersetzt durch ein illustriertes Sonntagsblatt), die Erholungsstunden, ausgestattet mit Gedichten, Fortsetzungsromanen, unterhaltenden und belehrenden Beiträgen – unter der Rubrik „Für Herz und Gemüth“ befanden sich gelegentlich auch kurzgefaßte religiöse Belehrungen – und einer Rätsel- und Spielecke, die ab Oktober 1896 als Beilage übernommene Wochenzeitung *Das Schwarze Blatt*, ab Oktober 1896 die wöchentliche Rechtshilfe, vierzehntägig die religiöse Beilage *Empor die Herzen!*, ausgestattet mit Gedichten, Homilien und religiösen Belehrungen, und zunächst ebenfalls vierzehntägig – im Wechsel zu *Empor die Herzen!*, –, seit dem 16. September 1898 sogar wöchentlich, der *Praktische Rathgeber* für Haus und Familie, dessen Angebot über aneinandergereihte Ratschläge zur Erleichterung des Haushalts selten hinausging. Ebenso ergänzte die *Germania* ihr Angebot des Sonntagsblatts der *Germania* im Oktober 1893 um die *Blätter für Literatur, Wissenschaft und Kunst*.
- 85 Typisch für die Anpassung an die Unterhaltungsbedürfnisse der Leser war die Entscheidung der *Märkischen Volkszeitung*, ihre religiöse Beilage *Tag des Herrn* im Oktober 1897 durch die Unterhaltungsbeilage *Märkischer Hausfreund* zu ergänzen und den *Tag des Herrn* schließlich im April 1898 einzustellen.
- 86 Zur Vorgeschichte und zum Inhalt vgl. Soziale Frage und der Katholizismus. Festschrift zum 40jährigen Jubiläum der Enzyklika „*Rerum Novarum*“ (Veröffentlichungen der Sektion für Sozial- und Wirtschaftswissenschaft der Görresgesellschaft 11), Paderborn 1931; Helmut Sorgenfrei, Die geistesgeschichtlichen Hintergründe der Sozialenzyklika „*Rerum Novarum*“ (Sammlung Politeia 25), Heidelberg und Löwen 1970. Als Zusammenfassung s. Nikolaus Monzel, Die katholische Kirche in der Sozialgeschichte, 239-249.
- 87 Die autoritative Entscheidung Leos XIII., staatliche Sozialpolitik bei Bewältigung der sozialen Frage grundsätzlich zu akzeptieren, hebt besonders Nikolaus Monzel hervor (a. a. O., 241).
- 88 Rundschreiben Unseres Heiligsten Vaters Leo XIII. durch göttliche Vorsehung Papst über die Arbeiterfrage (15. Mai 1891: „*Rerum Novarum*“). Lateinischer und deutscher Text, 5. Abdruck, Freiburg i.Br. 1921, 7-9.
- 89 Auf die Interdependenz von sozialer Not und Erfolgen des Sozialismus hatte Leo XIII. bereits in der Enzyklika *Quod Apostolici muneris* vom 28. Dezember 1878 hingewiesen, vgl. Sämtliche Rundschreiben erlassen von unserem Heiligsten Vater Leo XIII., durch göttliche Vorsehung Papst, an alle Patriarchen, Primaten, Erzbischöfe und Bischöfe der katholischen Welt, welche in Gnade und Gemeinschaft mit dem Apostolischen Stuhle stehen, 1. Sammlung: 1878-1880, 2. Abdruck, Freiburg i. Br. 1900, 28-51.
- 90 Nach Ansicht des *Märkischen Kirchenblatts* hatten die Priester von der Enzyklika den Auftrag erhalten, den Glauben gegen die sozialistischen Irrtümer zu verteidigen, „Die acht Seligkeiten des Christenthums und die Versprechungen der Socialdemokratie“ MK, Nr. 27, 4. Juli 1891, 215. Zur Verbindung von Liberalismus- und Sozialismuskritik s. die Artikel „Die Gegner der Kirche“, MVZ, Nr. 116 vom 26. Mai 1891, 1. und „Die im Schlepptau des Judentums“, MVZ, Nr. 127 vom 9. Juni 1891, 1.
- 91 „Papst Leos Encyclica De conditione opificum über die Aufgabe der Staatsgewalt bei der Arbeiterfrage“ *Germania*, Nr. 113 (I) vom 22. Mai 1891, 1.
- 92 Ebd.; „Ueber die Encyclica“, SB, Nr. 22, 27. Mai 1891, 169f.
- 93 „Papst Leos Encyclica De conditione opificum über die Aufgabe der Staatsgewalt bei der Arbeiterfrage“ *Germania*, Nr. 113 (I) vom 22. Mai 1891, 1; „Ueber die Encyclica“, SB, Nr. 22, 27. Mai 1891, 169f. In einer späteren Auseinandersetzung mit der Frankfurter Zeitung hob die *Germania* die päpstliche Entscheidung zugunsten der Staatssintervention erneut hervor und betonte, Leo XIII. habe diesen Standpunkt schon immer vertreten („Liberaler Stimmen über Papst und Arbeiter-Frage“, *Germania*, Nr. 115 (I) vom 24. Mai 1891, 1).
- 94 Daß dieser Umgang mit der Enzyklika nicht nur auf die katholische Presse begrenzt war, dokumentierte der preußische Episkopat mit seinem sozialpolitischen Desinter-

esse auf der Fuldaer Bischofskonferenz, die nur ein Vierteljahr nach der Verkündung von *Rerum Novarum* stattfand, vgl. Erwin Gatz, Einleitung zu: ders. (Hg.), Akten der Fuldaer Bischofskonferenz, Bearbeitet von Erwin Gatz (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen 22, 27, 39), 3 Bde., Mainz 1977-1985, hier: Bd. 2, XXXV. Die Enzyklika fand als Ergebnis der Konferenzberatungen nur in einer Grußadresse der Bischofskonferenz an Leo XIII. einen schriftlichen Niederschlag, während sie ansonsten nicht einmal im Protokoll erwähnt wurde (vgl. das Schreiben der Bischofskonferenz an Leo XIII. vom 13. August 1891, abgedruckt a. a. O., 195f.).

- 95 *Rerum Novarum* war bei den Versammlungen der Arbeitervereine ein beliebtes Argument, um die Zuhörer in ihrer Vereinstätigkeit zu bestätigen und zu weiteren Leistungen zu motivieren. Berichtet hatte die katholische Presse u. a. in folgenden Artikeln: „Die IV. Generalversammlung der kath. Arbeitervereine“ MVZ, Nr. 118 vom 25. Mai 1892, Beil., 1f. (Vortrag von Hermann Roeren); „Die Encyclica des hl. Vaters über die Arbeiterfrage“, *Germania*, Nr. 23 (II) vom 28. Januar 1893, 2 (Vortrag von Kaplan Kaufmann auf einer Konferenz der Berliner Arbeitervereinspräsidenten, abgedruckt auch in der KVZ, Nr. 24 vom folgenden Tag und sowie eigenständige Berichte im MK, Nr. 5, 4. Februar 1893, 39f., und in der Beilage der MVZ, Nr. 22 vom 27. Januar 1893); „Clerus und sociale Frage“ *Germania*, Nr. 221, I, Mi., 15. September 1897, 2 f. (Vortrag von Benno Auracher auf dem Katholikentag in Landshut); „Die Papstfeier der Berliner Katholiken“ *Germania*, Nr. 73 (I) vom 31. März 1898, 3 (Vortrag des Dominikanerpaters Bonaventura).
- 96 Schon ein Jahr vor dem Appell zur Gründung von katholischen Arbeitervereinen in *Rerum Novarum* kam auf Initiative Georg Koppes die Aufforderung des Papstes an den deutschen Episkopat zur Unterstützung von Arbeitervereinen zustande, aus der ein entsprechendes Hirtenschreiben der Fuldaer Bischofskonferenz hervorging, vgl. Schreiben Leos XIII. an Philippus Krementz vom 20. April 1890, zitiert in: AEK, Generalia 23.3, zitiert nach: Akten der Fuldaer Bischofskonferenz, Bd. 2, (Anm. 94), 60. Papst Leo XIII. an den Erzbischof von Köln; sowie das gemeinsame Hirtenschreiben der Fuldaer Bischofskonferenz vom 22. August 1890, abgedruckt a. a. O., 100-116.
- 97 So in den oben zitierten (Anm. 62) Pastoralen vom 3. Februar 1890 und vom 8. März 1890.
- 98 Das unterschiedliche Selbstverständnis drückte sich vor allem in der Stellung und Kompetenz aus, die dem Klerus in den Vereinen zukam. Während der Präses nach den Statuten der Arbeitervereine zugleich deren Leiter und Vorstandsmitglied war (vgl. das „Muster-Statut für einen katholischen Arbeiterverein“, in: Arbeiter-Almanach für das Jahr 1902, 146f.), gehörte er z. B. im Eduard-Meisterverein nicht einmal dem Vorstand an. Dort trat der Präses in der Regel nur bei Festlichkeiten des Vereins in Erscheinung und nahm höchstens eine beratende Funktion wahr (vgl. 7 der Statuten des St. Eduard-Meister-Vereins zu Berlin vom 6. Februar 1882, Teilnachlaß Eduard Müller).
- 99 So sprach Kopp von einem Wettkampf, der in der Arbeiterbevölkerung zwischen Glauben und Unglauben sowie zwischen wahren und falschen Bestrebungen für das Wohl der Arbeiter entbrannt sei und betonte dabei besonders, daß der Klerus sich nicht die „Führerschaft“ entreißen lassen dürfe, wo es sich um die höchsten Güter und die heiligsten Interessen der Menschheit handelte, vgl. Pastoralen vom 3. Februar 1890 (Anm. 62). Dagegen war in Bayern die Initiative zur Gründung von Arbeitervereinen in einzelnen Fällen von den katholischen Arbeitern selbst ausgegangen, vgl. Hans Dieter Denk, Die christliche Arbeiterbewegung in Bayern bis zum Ersten Weltkrieg (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 29), Diss. Regensburg 1978; überarbeitete Fassung, Mainz 1980, 120 u. 125.
- 100 Vgl. Horstwalter Heitzer, Georg Kardinal Kopp und der Gewerkschaftsstreit 1900-1914 (Forschungen und Quellen zur Kirche und Kulturgeschichte Ostdeutschlands 18), Köln und Wien u. a. 1983, 23f.; August Erdmann, Die Christliche Arbeiterbewegung in Deutschland, Stuttgart 21909, 400-406.

- 101 Vgl. Wilfried Loth, *Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 75), Düsseldorf 1984, 85f.
- 102 Zur Ausgrenzung der christlich-sozialen Bewegung aus der Deutschkonservativen Partei s. Peter Theiner, *Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik*. Friedrich Naumann im Wilhelminischen Deutschland (1860-1919) (Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe), Baden-Baden 1983, 43-52.
- 103 Mit besonderem Nachdruck wurden diese Versuche von der *Germania* im Frühjahr 1890 nach den Sozialerlassen, erneut während der Volksschuldebatte im Frühjahr 1892 und schließlich vor dem Hintergrund der Diskussion der sogenannten Umsturzvorlage 1894/95 betrieben, vgl. „An der Schwelle einer neuen Zeit“ *Germania*, Nr. 77 (II) vom 3. April 1890, 1; „Ueber die Gestaltung der politischen Lage in Deutschland und Preußen“, *Germania*, Nr. 60 (II) vom 13. März 1890, 1; „Deutschland am Scheidewege“ *Germania*, Nr. 26 (III) vom 2. Februar 1892, 1; „Auf zum Kampfe für Religion, für Sitte und Ordnung!“ *Germania*, Nr. 208 (II) vom 11. September 1894, 1; „Christlich-conservativ-social oder naturalistisch-liberal-capitalistisch?“ *Germania*, Nr. 242 (II) vom 20. Oktober 1894, 1. Ebenso die Bewertung im *Schwarzen Blatt*, Nr. 41, 11. Oktober 1894, 324.
- 104 Zur Entstehungsgeschichte und zur öffentlichen Diskussion der Zuchthausvorlage s. Karl Erich Born, *Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz. Ein Beitrag zur Geschichte der innenpolitischen Entwicklung des Deutschen Reiches 1890-1914* (Historische Forschungen im Auftrag der Historischen Kommission der Akademie der Wissenschaften und der Literatur 1), Wiesbaden 1957, 146-166.
- 105 Für die Meinungsbildung spielte besonders der Streik katholischer Bergarbeiter im Piesberger Revier bei Osnabrück eine Rolle, der wegen des Versuchs der Arbeitgeber ausgelöst worden war, die Zahl der arbeitsfreien christlichen Feiertage zu reduzieren. Vgl. hierzu: „Zur Vorgeschichte des Streiks am Piesberge“ *Germania*, Nr. 86 vom 17. April 1898, 1; „Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe“ KVZ, Nr. 93 vom 26. April 1898, 1; „Die Einstellung des Betriebs am Piesberge“ *Der Arbeiter*, Nr. 25, 19. Juni 1898, 3.
- 106 Grundsätzlich zur neu entstandenen christlichen Gewerkvereinsbewegung: „Ueber Centralisationsbestrebungen in katholischen Arbeiter-Vereinen (Ein Beitrag zur Behandlung dieser wichtigen Frage)“, *Germania*, Nr. 76 (III) vom 2. April 1895, 1; zur Gründung von Arbeiterschutz: MVZ, Nr. 2 vom 4. Januar 1898, Beil., 2 (Rubrik „Berliner Nachrichten“); „Auf zur That!“, *Der Arbeiter*, Nr. 2, 9. Januar 1898, 2f.; „Gewerkschaftliche Organisation auf christlicher Grundlage“, *Germania*, Nr. 13 (I) vom 18. Januar 1898, 3; „Die Organisation der Arbeiter“ *Der Arbeiter*, Nr. 40, 2. Oktober 1898, 1.
- 107 Am stärksten war das der Fall beim Kampf um die Koalitionsfreiheit: vgl. die Artikel „Das Coalitionsrecht der Arbeiter“ KVZ, Nr. 205 vom 8. September 1898, 1f.; „Arbeiter-Organisation“ KVZ, Nr. 48 vom 28. Februar 1899, 1; „Schutz der Arbeitswilligen“ MVZ, Nr. 65 vom 19. März 1899, 1. Beil., 1; „Unternehmer-Kurzsichtigkeit“ MVZ, Nr. 136 vom 17. Juni 1899, Beil., 1; „Warum christliche Gewerk-Vereine 'überall Bedürfnis' sind“ MVZ, Nr. 24 vom 31. Januar 1900, 1.
- 108 So in den Artikeln „Der socialdemokratische Parteitag“ *Germania*, Nr. 231 (III) vom 8. Oktober 1898, 1f. (ebenso in der KVZ, Nr. 232 vom 9. Oktober 1898, 1); „Zwei sociale Tage“ KVZ, Nr. 236 vom 14. Oktober 1898, 1; „Und Bebel sprach“ KVZ, Nr. 236 vom 13. Oktober 1899, 1f.; „Der socialdemokratische Parteitag“, *Germania*, Nr. 241 (II) vom 19. Oktober 1899, 1.
- 109 „Sozialdemokratie und praktische Sozialreform“ MVZ, Nr. 213 vom 16. September 1899, Beil., 1.
- 110 Ebd.
- 111 Einen geeigneten Anlaß bot die häufig in Maurerkreisen versuchte Ausgrenzung christlich organisierter Maurer durch Angehörige der Freien Gewerkschaften, so in den folgenden Artikeln: „Noch einmal vom socialdemokratischen Terrorismus“ *Germania*, Nr. 251 (III) vom 1. November 1898, 1; „Sozialdemokratischer Terrorismus“

- MVZ, Nr. 267 vom 22. November 1898, 2; „Sozialdemokratischer Terrorismus“ MVZ, Nr. 271 vom 26. November 1898, 1f.; „Der Kampf bricht los!“ Arbeiterschutz, Nr. 6, 18. Juni 1899, 1f.; „Die Gewaltherrschaft der Sozialdemokratie. Zugleich eine Beleuchtung sozialdemokratischer Kampfesweise“ MVZ, Nr. 146 vom 29. Juni 1899, 1; „Sozialdemokratischer Terrorismus“ MVZ, Nr. 189 vom 19. August 1899, 1f.; „Terrorismus“ Arbeiterschutz, Nr. 17, 3. September 1899, 2f.; „Aus der Arbeit gedrängt. Wie christlich organisierten Arbeitern durch sozialdemokratische Genossen mitgespielt wird“ MVZ, Nr. 79 vom 6. April 1900, Beil., 1. Der Druck zur antisozialdemokratischen Profilierung machte sich in ähnlicher Weise auf seiten der evangelisch-sozialen Bewegung bemerkbar und bewirkte hier eine stärkere Betonung nationaler Themen, vgl. Peter Theiner, Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik. Friedrich Naumann im Wilhelminischen Deutschland (1860-1919) (Schriften der Friedrich Naumann-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe), Baden-Baden 1983, 47-55, 305-308.
- 112 Zur Festlegung des pragmatischen Kurses der Christlichen Gewerkschaften in den sogenannten Mainzer Leitsätzen s. Michael Schneider, Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933 (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte 10), Bonn 1982, 150-152. Die Leitsätze sind abgedruckt in: Adolf Weber, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Versuch einer systematischen Darstellung mit besonderer Berücksichtigung der gegenwärtigen deutschen Verhältnisse, Tübingen 1910, 231f.
 - 113 „Nicht die socialdemokratischen, sondern die christlichen Gewerkschaften sind paritätische Organisationen“ Arbeiterschutz, Nr. 15, 20. August 1899, 1.
 - 114 „Paritätische Gewerkschafts-Organisation“ MVZ, Nr. 185 vom 15. August 1899, 1.
 - 115 In der gleichen Weise warb die *Märkische Volkszeitung* u. a. auch im Artikel „Warum christliche Gewerk-Vereine 'überall Bedürfnis' sind“ für christliche Gewerkschaften (Nr. 24 vom 31. Januar 1900, 1).
 - 116 „Bischof von Ketteler über die Arbeiter-Organisation“ *Germania*, Nr. 29 (II) vom 7. Februar 1900, 1.
 - 117 „Neutrale Gewerkschaften“ KVZ, Nr. 91 vom 22. April 1900, 1.
 - 118 In der Berliner katholischen Presse erschien das Pastorale zuerst in der *Germania*, Nr. 227 (II) vom 3. Oktober 1900, 1f. Zur Rolle Georg Kopp's im beginnenden Gewerkschaftsstreit s. Rudolf Brack, Deutscher Episkopat und der Gewerkschaftsstreit 1900-1914 (Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte 9), Köln und Wien 1976; Horstwalter Heitzer, Georg Kardinal Kopp und der Gewerkschaftsstreit 1900-1914 (Forschungen und Quellen zur Kirche und Kulturgeschichte Ostdeutschlands 18), Köln und Wien 1983.
 - 119 Michael Schneider, Die Christlichen Gewerkschaften, 127
 - 120 So Kopp in seinem Referat, das er auf der Fuldaer Bischofskonferenz vortrug und das als Anlage 7 dem Protokoll der Fuldaer Bischofskonferenz beigegeben wurde, abgedruckt in: Akten der Fuldaer Bischofskonferenz (Anm. 94), Bd. 3, 11-19.
 - 121 Den Anfang machte die *Germania* mit ihrem Artikel „Zur Frage der 'neutralen Gewerkschaften'“ *Germania*, Nr. 126 (III) vom 3. Juni 1900, 1.
 - 122 „Nochmals die Gewerkschaften und der Hirtenbrief der preußischen Bischöfe“ in der Nr. 239 vom 17. Oktober 1900, Beil., 1; „Mißverständnisse über den Fuldaer Hirtenbrief“ MVZ, Nr. 250 vom 30. Oktober 1900, Beil., 1; „Mißlungener sozialdemokratischer Ansturm auf die katholischen Arbeitervereine“ MVZ, Nr. 255 vom 6. November 1900, Beil., 1.
 - 123 Der Generalsekretär Heinrich Fournelle, der im Gewerkschaftsstreit rigoros den Kurs von Georg Kopp und Franz von Savigny vertrat (vgl. Horstwalter Heitzer, Georg Kardinal Kopp und der Gewerkschaftsstreit [Anm. 9], 76-80), sah sich noch im Januar 1901 in verschiedenen Versammlungen zu öffentlichen Zugeständnissen an die Christlichen Gewerkschaften genötigt, vgl. hierzu die folgenden Versammlungsberichte „Zwei große öffentliche Versammlungen der christlichen Gewerkschaften“ MVZ, Nr. 6 vom 8. Januar 1901, Beil., 1; „Eine Ausschusssitzung der katholischen Arbeitervereine Berlins und der Vororte“, MVZ, Nr. 24. Di., 29. Januar 1901, Beil., 3. Außerdem glaubte das Vereinsorgan *Der Arbeiter* wiederholt Zweifel ausräumen zu

- müssen, ob die Beschränkung auf die Arbeitervereine genügte, um die Interessen der Arbeiter ausreichend zur Geltung zu bringen, vgl. die Artikel „Trockene Arbeit“ *Der Arbeiter*, Nr. 40, 4. Oktober 1901, 1; „Sie haben sich überlebt“ *Der Arbeiter*, Nr. 51, 22. Dezember 1901, 1; „Wie wird die Organisation der beruflichen Fachabteilungen funktionieren?“ *Der Arbeiter*, Nr. 18, 4. Mai 1902, 2. Immerhin wurden auf dem 5. Delegiertentag des Berliner Verbandes im Jahr 1902 die Fachabteilungen als Alternative zu den Christlichen Gewerkschaften zwar in die Satzung aufgenommen, ihre Einführung blieb aber den einzelnen Vereinen überlassen und war damit nur fakultativ, vgl. § 2 der „Satzungen für die beruflichen Fachabteilungen der kath. Arbeitervereine“, zitiert nach: Arbeiter-Almanach für 1903, Kalender, Notiz-, Merk- und Nachschlagebuch für katholische Arbeiter und Vereine 2 (1902), 98; schließlich wurde die negative Haltung des *Arbeiter* gegenüber den Christlichen Gewerkschaften auf dem 6. und 7. Delegiertentag des Verbandes offen bemängelt, vgl. Bericht über den Verband der kath. Arbeitervereine (Sitz Berlin) und über dessen sechsten Delegiertentag 1903 am 1. und 2. Juni in Berlin, Berlin [1903], 32f.; Bericht über den Verband der kath. Arbeitervereine (Sitz Berlin) und über dessen siebenten Delegiertentag 1904 am 24. und 25. Mai in Berlin. Nach dem stenographischen Protokoll, Berlin [1904], 31, 52-57.
- 124 Vgl. den ausführlichen Versammlungsbericht „Der Besprechung der katholischen Presse Berlins“, MVZ, Nr. 24 vom 29. Januar 1901, 2f.
- 126 Franz Joseph Stegmann, Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus, in: Wilfried Gottschalch u. a., Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland, hg. von Helga Grebing (Deutsches Handbuch der Politik 3), München und Wien u. a. 1969, 408.
- 127 Zu diesem Schluß kommt auch Hans-Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918 (Deutsche Geschichte 9), 2., durchgesehene und bibliographisch ergänzte Aufl., Göttingen 1975, 83. Der von Wehler mit der Feststellung, das Zentrum habe sich weniger vor den Wählern als vor den Vereinen legitimieren müssen, konstruierte Gegensatz läßt sich wegen der relativ hohen Mitgliederzahl der katholischen Organisationen und der sich daraus ergebenden Kongruenz von Zentrumswählern und Vereinsmitgliedern nicht aufrechterhalten. Immerhin organisierten sich in der Kaiserzeit im Volksverein für das katholische Deutschland und in den Arbeitervereinen bis zum Ersten Weltkrieg über eine Million Katholiken, zu den Zahlen: Herbert Gottwald, Katholische Arbeitervereine, 195f; ders., Volksverein für das katholische Deutschland, 436. Zur Rolle des Volksvereins als „Massen- und Propagandaorganisation der Zentrumspartei“ vgl. Thomas Nipperdey, Religion im Umbruch. Deutschland 1870-1918 (Beck'sche Reihe 263), München 1988, 60f. Ebenso bestätigt Hans-Jürgen Puhle die Funktion des Volksvereins als Hilfsorganisation des Zentrums, bezweifelt aber, daß der Verein auf der anderen Seite in der Lage gewesen sei, die Zentrumspolitik inhaltlich zu beeinflussen; vgl. Hans-Jürgen Puhle, Parlament, Parteien und Interessenverbände 1890-1914, in: Michael Stürmer (Hg.), Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870-1918, unveränderter Nachdruck der Erstausgabe (1970), Düsseldorf 1984, 356f.
- 127 Rudolf Morsey, Die Deutschen Katholiken und der Nationalstaat, 55.
- 128 Vgl. Gerhard A. Ritter, Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive. In: Historische Zeitschrift 249 (1989), 306.
- 129 Vgl. Klaus Schönhoven, Gewerkschaftliches Organisationsverhalten im Wilhelminischen Deutschland, in: Werner Conze/Ulrich Engelhardt (Hg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten (Industrielle Welt, Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte 28), Stuttgart 1979, 414.

SUMMARY

With reference to the historical background of catholicism discussing the social question, the author outlines the socio-political positions of the Berlin catholic press in the 19th century. First of all two different concepts can be found in the catholic newspapers: on the one hand the demand for a state-run social policy and on the other hand the demand for a reformation of prevalent ethical convictions. Within this concepts the social question was brought about above all by the lack of fundamental christian views among workers and entrepreneurs. Both ideas followed the fundamental philosophy of the emperor, and were aimed against the social democratic movement of the workers.

The later hostile policy of Wilhelm II. towards unions, however, increased the sympathy within the catholic press for the creation of a strong national trade union. Nevertheless, due to pressure from church authorities, the support of the national trade union was given up by the catholic press of Berlin as a result of the so-called „Gewerkschaftsstreit“ (union dispute, Anm. d. Ü.)

RÉSUMÉ

La discussion sur la question sociale menée à l'intérieur des milieux catholiques sert d'arrière-plan historique à l'esquisse que trace l'auteur des positions de la presse catholique de Berlin en matière de politique sociale au XIXe siècle.

Dans le journaux catholique, on trouve d'abord deux conceptions différentes: d'un côté, l'exigence d'une politique sociale de l'Etat, et de l'autre, l'exigence d'une réforme de la conscience. Pour les tenants de cette conception, la question sociale résultait surtout du manque de principes chrétiens chez les ouvriers et les patrons. Les deux conceptions s'appuyaient sur des positions exprimées par l'empereur et s'opposaient au mouvement ouvrier social-démocrate.

Plus tard cependant, la politique antisyndicale de Guillaume II encourageait dans la presse catholique des sympathies pour la création d'un syndicat unique et puissant. Mais lors de la querelle dite „du syndicalisme“, la presse catholique retira son soutien au syndicat unique à la suite de pressions des autorités religieuses.

RESUMEN

Teniendo como trasfondo histórico la discusión en el catolicismo respecto a la cuestión social, el autor bosqueja las posiciones político-sociales de la prensa católica en el siglo XIX.

En los periódicos católicos se daban dos posiciones diferentes: por un lado, la exigencia de una política social del estado y por otra la exigencia de una reforma de conciencia (Gesinnungsreform). Según esta concepción la cuestión social estaba causada sobre todo por la falta de una disposición cristiana básica tanto de los trabajadores como de los empresarios. Estos dos conceptos se apoyaban en la posición básica del emperador y estaban dirigidas contra el movimiento obrero socialdemócrata.

La posterior política antisindical de Wilhelm II propulsó no obstante, en la prensa católica, la simpatía por la creación de un fuerte sindicato unitario. El apoyo a un sindicato unitario cesó en la prensa católica de Berlín sin embargo debido a la presión ejercida por las autoridades eclesiales.